

Hans R. Friedrich Europäischer Qualifikationsrahmen

Udo Mandler Bachelorumfrage

H. F. Binner Systematisches Evaluationsmanagement

Falko E. P. Wilms Advance Organizer

für anwendungsbezogene Wissenschaft und Kunst



Kollektivvertrag Private Rentenversicherung

(Pensionsergänzungs-Programm ohne Gesundheitsfragen)

zwischen

dem Hochschullehrerbund e.V. (*hlb*)

und der Neue Bayerische Beamten Lebensversicherung AG, München (BBV-N)

IHRE FRAGEN	UNSERE ANTWORTEN
1. Warum soll ich den Kollektivvertrag nutzen?	Die Lücken zwischen Activeinkommen und der gesetzlichen Altersrente sind deutlich größer geworden. Mit weiteren Verschlechterungen muss gerechnet werden. Private Vorsorge ist unerlässlich! Der von dem <i>hlb</i> ausgewählte Kollektivvertrag führt zu einer Rentenhöhe, die deutlich über dem Normaltarif der BBV-N liegt.
2. Wer kann ihn nutzen?	– Alle Mitglieder des <i>hlb</i>. – Deren Ehepartner bzw. Lebensgefährten – Deren Kinder ab 16 Jahren (auch wenn sie nicht mehr im gleichen Haushalt leben).
3. Kann ich zum vereinbarten Endalter (60 oder 65) statt der monatlichen Rente eine einmalige Kapitalabfindung haben?	Ja! – Sie müssen es der BBV-N spätestens 3 Monate vorher mitteilen. – Liegen zwischen Vertragsabschluss und Rentenbeginn weniger als 12 Jahre, so ist das Kapitalwahlrecht aus steuerlichen Gründen ausgeschlossen (Stand EStG Dezember 2003).
4. Wie lange wird die Rente geleistet?	So lange Sie leben!
5. Und wenn ich vor Erreichen des Rentenbezuges sterben sollte?	Dann werden sämtliche geleisteten Beiträge an die begünstigte Person zurückerstattet (zuzüglich der bis dahin aufgelaufenen Überschussanteile).
6. Was ist aber, wenn ich schon nach kurzer Dauer des Rentenbezuges sterben sollte?	Dann wird die Rente (inkl. Überschüsse) an die von Ihnen begünstigte Person so lange weitergezahlt, bis sämtliche von Ihnen aufgewendeten Beiträge zurückgeflossen sind (= Rückzahlungsgarantie) – sofern die steuerlich höchstmögliche Mindestlaufzeit nicht überschritten wird.
7. Kann ich mir während der Rentengarantiezeit die restlichen garantierten Renten auch in einem Betrag auszahlen lassen?	Ja, die einzelnen Renten werden dann abgezinst in einem Betrag ausgezahlt. Nach Ablauf der garantierten Mindestlaufzeit wird die Rente wieder weitergezahlt – so lange Sie leben! (= Vorauszahlungsoption)



„Ein Weihnachtsgeschenk für die Fachhochschulen“ war der Leitartikel der DNH vor einem Jahr überschrieben – gemeint war das Scheitern der Föderalismuskommission im Dezember 2004. Die Hoffnung keimte auf, es möge dabei bleiben. Wie sieht die Bescherung in diesem Jahr aus?

EINE SCHÖNE BESCHERUNG!

Nach dem Koalitionsvertrag von CDU und SPD zieht sich der Bund aus dem Hochschulbau zurück; der Großteil der dafür bisher ausgegebenen Bundesmittel fließt ohne Zweckbindung in die Länderhaushalte. Die Mitfinanzierungsmöglichkeit von Modellversuchen durch den Bund wird gestrichen. Die Rahmengesetzgebung des Bundes wird abgeschafft. Damit entfällt das Hochschulrahmengesetz ebenso wie das Beamtenrechtsrahmengesetz mit bisher einheitlichen Vorgaben für die Beamtenbesoldung der Länder. Die bisherige Kompetenz des Bundes für die Beamtenbesoldung und -versorgung – Grundlage des Bundesbesoldungsgesetzes, durch das bundesweit die W-Besoldung eingeführt wurde – wird gestrichen, so dass diese Bereiche künftig den Ländern überlassen sind.

Die Folgen: Über den Bau unserer Hochschulen und die Anschaffung von Großgeräten entscheiden künftig nur noch die Länder. Die maßgebliche Rolle spielt der Finanzminister: Konnte er bisher vom Wissenschaftsminister mit dem Hinweis „erpresst“ werden, für jeden „Landes-Euro“ fließe dem Land über die fünfzigprozentige Bundesbeteiligung ein „Bundes-Euro“ zu, den man nicht verschenken dürfe, kann er künftig über diese Mittel frei verfügen. Die aktuellen Kürzungen im Hochschulbereich – keineswegs nur in den „armen“ Ländern – zeigen, wie übermächtig die Versuchung ist, sie anderen Zwecken als den Hochschulen zuzuführen. Das Gleiche gilt für den Fortfall der Bundeskompetenz für Modellversuche.

Als Konsequenz der Abschaffung des Hochschulrahmengesetzes können die

Länder ihre Vorstellungen bei der Gestaltung der Hochschulen und des Studiums ungehindert umsetzen – falls sie die Kraft haben, solche Konzeptionen zu entwickeln und nicht unkritisch dem vom CHE neu eingekleideten Kaiser nachzulaufen.

Im Beamtenrecht kommen je nach Land unterschiedliche Beträge und Strukturen der Gehälter und der Versorgungsbezüge auf uns zu. Die künftige Abhängigkeit von dem Willen und den Möglichkeiten jedes Landes (-Finanzministers) lassen erhebliche Unterschiede zwischen „reichen“ (oder gut beratenen) und „armen“ (oder schlecht beratenen) Ländern erwarten.

Fazit: Der durch den Bologna-Prozess – mit gleichen Abschlüssen für alle Hochschulen bei unterschiedlichen Wettbewerbsbedingungen – und die Suche nach „Elite-Hochschulen“ eingeleitete Prozess der Diversifikation im Hochschulbereich wird sich durch die weitreichende Verlagerung der Kompetenzen auf die Landesebene erheblich verstärken. Anstelle des Bundes werden andere Akteure – etwa die KMK, die HRK oder das CHE – versuchen, den hochschulpolitischen Flickenteppich zusammenzuhalten; sollte es ihnen gelingen, entstehen hier neue, schwer zu kalkulierende und zu kontrollierende Einflussmöglichkeiten. Die Mobilität zwischen den Bundesländern wird deutlich erschwert. Während auf europäischer Ebene mit dem „Bologna-Prozess“ jedenfalls angestrebt wird, die Mobilität im Hochschulbereich zu verbessern, erreichen wir innerhalb Deutschlands das Gegenteil.

Eine schöne Bescherung!

Herzlichst

Ihr Nicolai Müller-Bromley



Foto: Dorit Loos

- 03 Leitartikel
Eine schöne Bescherung!

Europäischer Qualifikationsrahmen

- 10 Europäischer versus
deutscher Qualifikationsrahmen
Hans R. Friedrich
- 16 Der Bachelor als Regelabschluss in
den Wirtschaftswissenschaften:
Empirische Befunde
Udo Mandler
- 24 Systematisches Evaluationsmanage-
ment am Beispiel einer Forschungs-
projekt- und einer Lehrveranstal-
tungsevaluierung
H. F. Binner
- 32 Denken im Anwendungskontext
Advance Organizer
Falko E. P. Wilms

hlb-Aktuell

- 06 Bologna mit Nebenwirkungen
- 07 Die Mobilität der Studierenden im
Bologna Raum
- 07 Der **hlab** ist Mitglied in der EUA
- 08 Hessen: W-Besoldung nach
Kassenlage
- 09 Sachsen: W-Besoldung: Gleichung
mit mehreren Unbekannten



Barbara Ludwig

Foto: Dorit Loos

- 14 Masterstudiengang Europäische
Medienwissenschaft an der FHP
und der Universität Potsdam
- 14 Sieben Hochschulen bilden das neue
Netzwerk „Greater Munich Area“

FH-Trends

- 15 Kooperationsvertrag zwischen der
FH Fulda und der Universität Kassel
- 20 Kita-Management – Berufsbegleiten-
de Weiterbildung
- 20 Kulturelle Zusammenarbeit in Europa
- 21 Mediation – konstruktive Konflikt-
bewältigung
- 21 Bachelor Fachübersetzer (Technik)
oder (Wirtschaft)
- 23 Seminare des **hlab** – Seminar-
programm
- 35 Planspieleinsatz in der Lehre
- 36 Planspieleinsatz im Bologna-Prozess
- 37 Brettplanspiele

Foto: Angela Schwenk



41 Nachruf Prof. Dr. Wolfhart Haacke

- 31 Autoren gesucht
- 39 Impressum
- 42 Neues von Kollegen
- 43 Neuberufene

Berichte

- 29 HRK: Studierendenzahlen steigen
- 29 HRK: HRK kritisiert Ländergesetzentwürfe zu Studienbeiträgen
- 30 Bildungsoffensive 2006
- 30 1. Platz beim Researchwettbewerb „Requests“ für FH Köln
- 30 Maschinenbaustudium in Emden auf Platz 1 in Niedersachsen
- 31 DAAD: Erfahrungen aus Kiel
- 31 Neuer Forschungsbericht der FH Frankfurt
- 38 BMBF fördert Hochschullehre durch Multimedia
- 38 Erstmals mehr Studienanfängerinnen an den Hochschulen
- 38 Studierneigung bleibt bei 71 Prozent stabil
- 39 Anteil der Studierenden aus Arbeiterfamilien steigt

Aus den Ländern

- 40 HE: Aufbau einer deutsch-chinesischen Sommeruniversität in Shanghai
- 40 NW: Hochschulgespräche für NRW-Fachhochschulen
- 40 SN: Hochschulen sind keine Unternehmen

Wissenswertes

- 22 Bewerbertraining FH-Professur
- 22 Aktuelle Rundschreiben für Mitglieder
- 22 Seminar W-Besoldung für Personalverantwortliche

Foto: Dorit Loos



Bologna mit Nebenwirkungen

Die sächsische Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst diskutierte mit den Vorsitzenden der h/b-Landesverbände.

Auch Sachsen wird die Umstellung auf Bachelor- und Masterstudiengänge beschleunigen, aber mit Vorbehalten, die Barbara Ludwig, Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst, den Vorsitzenden der *h/b*-Landesverbände und dem Bundespräsidium am 28. Oktober 2005 in Radebeul bei Dresden erläuterte.

Sachsen verzichtet zwar auf eine zwangsweise Abschaffung der Diplomabschlüsse, schreibt aber die Modularisierung aller bestehenden Studiengänge, auch der Diplomstudiengänge, spätestens bis zum Ablauf des Jahres 2009 vor. Damit gestaltet der Freistaat die Integration in den Bologna-Raum vorsichtiger als andere Bundesländer, und das mit guten Gründen. Barbara Ludwig weiß, dass die Bologna-Staaten und die Kultusministerkonferenz Strukturvorgaben beschlossen haben, deren Auswirkungen heute noch nicht abgeschätzt werden können. Trotz angestrebter Verkürzung der Regelstudienzeit für den ersten Studienabschluss soll dieser seinen

berufsqualifizierenden Charakter behalten. Und da es gerade die kleinen und mittleren Unternehmen sind, die gut ausgebildete und hochqualifizierte Mitarbeiter benötigen, soll auf eine Quote für den Übergang zu Masterstudiengängen verzichtet werden.

Nicht nur Sachsen lebt von kleinen und mittleren Unternehmen. Diese müssen sich dem globalen Wettbewerb stellen, genauso wie die Hochschulen. Führt dieser Wettbewerb die Fachhochschulen in eine Identitätskrise? Verlieren sie ihre Monopol-Stellung für praxisorientierte Ausbildungen auf Hochschulniveau und anwendungsorientierte Forschung und Entwicklung? Barbara Ludwig sieht diese Gefahr nicht. Noch scheint der Markt für anwendungsorientierte wissenschaftliche Dienstleistungen aufnahmefähig und vertrüge sogar die Konkurrenz durch Universitäten. Immerhin mussten die Fachhochschulen in Sachsen, die ausnahmslos aus universitären

Einrichtungen hervorgegangen sind, einen flächendeckenden Numerus Clausus einführen. Die Vermutung liegt nahe, dass daher an diesen Einrichtungen ausschließlich besonders geeignete Studienberechtigte studieren. So verwundert es nicht, dass sie bei den Unternehmen eine hohe Anerkennung genießen.

Diese Anerkennung ist dann gefährdet, wenn das neue Studiensystem die Qualität der Ausbildung gefährdet. Qualitätsverlust droht durch verringerten Stoffumfang im Grundlagenbereich. Weniger Qualität droht auch durch eine kleinteilige Zersplitterung der Studienangebote, die dazu führen könnte, dass das Ziel eines einheitlichen Hochschulraums unterlaufen wird. Die Qualität der Studienabschlüsse muss oberstes Ziel bleiben, denn die Anforderungen der Berufswelt an die Absolventen und die Erwartungen der Unternehmen an die Hochschulen steigen.

Hochschulen müssen in Zukunft eine große Bandbreite wissenschaftlicher Dienstleistungen anbieten können, von der Bachelor-Ebene über die Weiterbildung bis zu Forschung und Entwicklung und das entsprechend ausgebildete Personal. Daher ist der Umbau der Promotionsphase zum dritten Bologna-Zyklus zu beschleunigen und für alle Hochschularten zu öffnen. Warum sollen nicht forschungsintensive Fachbereiche an Fachhochschulen Promotionsstudiengänge nach entsprechender Akkreditierung anbieten dürfen? Mit dieser Frage an die sächsische Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst endete eine engagiert geführte Diskussion, die Barbara Ludwig für einen Einblick in Situation der Fachhochschulen der einzelnen Bundesländer nutzte.



Der Präsident des Hochschullehrerbundes *h/b* im Gespräch mit der sächsischen Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst

Foto: Dorit Loos

Hubert Mücke

Die Mobilität der Studierenden im Bologna-Raum

Der *h/b*-Arbeitskreis Internationales informierte sich am 17. November über die Rolle der EU-Kommission im Bologna-Prozess. Hierzu hatte er die Leiterin der Regionalen Vertretung der Europäischen Kommission in Bonn, Frau Barbara Gessler, eingeladen. Frau Gessler erinnerte zunächst daran, dass die EU-Kommission seit 2005 Vollmitglied in der Bologna-Follow-Up-Group und im Bologna-Board ist. Die Kommission unterstützt die während der Berlin-Konferenz der Bologna-Staaten festgelegten mittelfristigen Ziele, nämlich die zügige Einführung des zweistufigen Studiensystems, den Aufbau einer Qualitätssicherung und die Anerkennung von Graden und Studienzeiten. Zwar ist die Zuständigkeit der EU für den Bereich der Bildung durch den Vertrag von Nizza, Artikel 149 und 150, eingeschränkt, der die strikte Beachtung der Verantwortung der Mitgliedstaaten betont, doch wird die EU Kommission Initiativen zur Stärkung der Vergleichbarkeit und Kompatibilität von Qualifikationen unterstützen und hat sich das Ziel gesetzt, die Mobilität der Studierenden mittelfristig zu verdreifachen. Um dieses Ziel zu erreichen wird die Kommission den Aufbau sogenannter integrierter Studiengänge finanziell unterstützen. Integrierte Studiengänge bieten den Studierenden die Möglichkeit, Studienleistungen an mehreren Hochschulen in unterschiedlichen Bologna-Staaten zu erbringen.

Für die Anerkennung von Qualifikationen, die auf vorhergehenden Stufen der Ausbildung erworben wurden, hat die Kommission einen Qualifikationsrahmen Lebenslanges Lernen entwickelt. Schließlich hat sie einen Katalog von Schlüsselkompetenzen vorgeschlagen, über die jeder Europäer in einer wissensbasierten Gesellschaft verfügen sollte. Es handelt sich hierbei um muttersprachliche Kompetenz, fremdsprachliche Kompetenz, mathematische Kompetenz und grundlegende naturwissenschaftlich-technische Kompetenz, Computerkompetenz, Lernkompetenz, Interpersonelle, interkulturelle und soziale



Die Bildungsexpertin der EU-Vertretung Deutschland vor den Mitgliedern der Arbeitsgruppe Internationales

Kompetenz und Bürgerkompetenz sowie unternehmerische Kompetenz und kulturelle Kompetenz.

Während der Diskussion wurde deutlich, dass integrierte Studienprogramme dringend erforderlich sind, wenn eine mobilitätshemmende Wirkung des Bologna-Prozesses vermieden werden soll. Die Bachelor- und Master-Programme sind zeitlich so dicht ausgelegt und die Module so individuell ausgestaltet, dass jeder Auslandsaufenthalt zwangsläufig studienzeitverlängernd wirken muss. Auch wurde der Qualifikations-

rahmen Lebenslanges Lernen kritisch beurteilt, da er überwiegend von den Bedürfnissen der beruflichen Bildung ausgeht und keine hochschuladäquaten Niveaus zugrundelegt.

Die Vorschläge der EU-Kommission über Schlüsselkompetenzen in einer wissensbasierten Gesellschaft und den Qualifikationsrahmen für ein lebenslanges Lernen können unter hlbbonn@aol.com angefordert werden.

Hubert Mücke

Der *h/b* ist Mitglied in der EUA

Die Mitgliederversammlung der European University Association (EUA) hat den Hochschullehrerbund *h/b* als affiliate member aufgenommen. Die EUA ist der Verband der europäischen Hochschulen und ihrer nationalen Rektorenkonferenzen. Er ist auf Hochschuleite Ansprechpartner im Bologna-Prozess, insbesondere als Mitglied der Bologna Follow-Up-Group, die den Prozess zwischen den alle zwei Jahre stattfindenden Folgekonferenzen begleitet.

Der Hochschullehrerbund *h/b* schließt mit seiner Mitgliedschaft eine Lücke,

die durch die nur mittelbare Vertretung der Fachhochschulen in der EUA entstanden ist. Sie können auf Grund des fehlenden Promotionsrechts dort nicht direkt Mitglied werden und sind somit auf die Hochschulrektorenkonferenz als institutionelles Mitglied der EUA angewiesen. Der Hochschullehrerbund *h/b* wird sich innerhalb der EUA für anwendungsorientierte Lehre und Forschung als jeweils gleichwertiges Qualitätsmerkmal für Hochschulen einsetzen. Weitere Schritte der Umsetzung des Bologna-Prozesses müssen der Qualitäts-Sicherung von Hochschulausbildung dienen.

W-Besoldung nach Kassenlage

Der Vorsitzende des hlb-Hessen, Prof. Dr. Christoph Heckenkamp, sprach am 23. November 2005 mit Dr. Bernhardt, dem Abteilungsleiter Hochschulen im hessischen Wissenschaftsministerium.

Die W-Besoldung ist in Hessen seit dem 1. Januar 2005 in Kraft. In letzter Minute konnte eine Regelung erreicht werden, die es den Hochschulen ermöglicht, C2-Stelleninhaber mit einer Besitzstandswahrung und Vertrauen schützenden Perspektive in die W-Besoldung zu berufen. Und doch tun sich die Fachhochschulen schwer, die gesetzlichen Möglichkeiten auszuschöpfen. Sie haben bis heute nur in wenigen Fällen Verfahrensregelungen erlassen und den Anspruch an Verbindlichkeit, Kalkulierbarkeit und Akzeptanz bei den Betroffenen nicht einlösen können.

Das Ministerium sieht die Notwendigkeit, verbindliche Regelungen insbesondere für die C2-Stelleninhaber zu schaffen. Ohne diese Einsicht wäre eine entsprechende Regelung nicht geschaffen worden. Die scheinbar großzügige Bemessung des Besoldungsdurchschnitts für das Jahr 2005 unterstrich die Haltung der Landesregierung. Er liegt mit 68.000 Euro mit Abstand vor allen anderen Bundesländern. Die W-Besoldung schien ausfinanziert und Vertrauen schützend geregelt. Doch sieht das Ministerium den Besoldungsdurchschnitt als eine Obergrenze, die nicht annähernd ausfinanziert ist. Die Fachhochschulen müssten, um diese Höhe zu erreichen, aus ihren Globalzuweisungen Mittel für die Professorenbesoldung zur Verfügung stellen: Eine wohl eher hypothetische Annahme.

Die nach W besoldeten Professoren in anderen Ländern können sich darauf berufen, dass der Vergaberahmen, aus dem die Zulagen gewährt werden, in einer bestimmten Höhe zur Verfügung steht und in dieser Höhe ausgeschüttet werden muss. Keine Rede davon in Hessen. Nach Auffassung des Ministeriums ist es die alleinige Entscheidung der Hochschulen, ob und in welchem Umfang sie Mittel für Zulagen bereitstellen. Konsequenz aus diesem Umgang mit der W-Besoldung ist, dass

für die heute in W Berufenen keinerlei Anspruch auf Zulagen besteht. Ob und in welchem Umfang diese gezahlt werden hängt einerseits von der Finanzierung des Landes und andererseits vom Verhalten bzw. der Schwerpunktsetzung der eigenen Hochschule ab.

Die Hochschulen haben den „Schwarzen Peter“

Leidtragende der verweigten finanziellen Verbindlichkeit sind die Hochschulen. Im alten C-System mussten die Landesregierungen Stellen streichen, wollten sie die Mittel für Personal an den Hochschulen reduzieren. Das war eine hohe Hürde, denn es war der Öffentlichkeit leicht vermittelbar, dass sich Stellenstreichungen auf die Qualität der Ausbildung direkt negativ auswirken. Nun aber haben die Hochschulen den schwarzen Peter. Das Land stellt Mittel zur Erledigung ihrer Aufgaben zur Verfügung und die Hochschulen müssen selbst entscheiden, welche Positionen damit finanziert werden. Der Hochschullehrerbund *hlb* wird prüfen, ob die Rechtsauffassung des Ministeriums haltbar ist. Darüber hinaus wird er sich für ein politisches Umdenken einsetzen.

Lehrverpflichtung

Ein weiteres Gesprächsthema war die Änderung der Lehrverpflichtungsverordnung. Es geht darum, die Anhebung der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit im öffentlichen Dienst wirkungsgleich auf die Hochschulen zu übertragen. Der *hlb* machte darauf aufmerksam, dass die vielfältigen Reformen der vergangenen Jahre, wie die Umstellung auf Bologna-Studiengänge, allein auf den Schultern der Professorinnen und Professoren lastete. Die neuen Studiengänge verlangen von den Studierenden und Lehrenden einen hohen Einsatz. Für die Lehrenden bedeutet dies, den ohnehin schon hohen Betreuungsaufwand weiter zu verstärken. Die Vertreter des Ministeriums kündigten an, die Mitarbeiter der Hochschulen nicht weiter zu belasten.

An dem Gespräch nahmen weiterhin Herr Dr. Hubert Mücke, *hlb*-Bundesgeschäftsführer, sowie Herr Ministerialrat Dr. Uebersohn aus dem Referat Besoldungs- und Versorgungsrecht teil.

Hubert Mücke



Prof. Dr. Christoph Heckenkamp

Foto: Dorit Loos

W-Besoldung: Gleichung mit mehreren Unbekannten

Am 27. Oktober 2005 diskutierten Vertreter des Wissenschaftsministeriums auf Einladung des hlb-Landesverbandes Sachsen mit betroffenen Professorinnen und Professoren über die Folgen der Einführung der W-Besoldung in Sachsen.

Der Freistaat Sachsen hat als letztes der Bundesländer die W-Besoldung durch Änderung des Landesbesoldungsgesetzes vom 14. Juli 2005 eingeführt. Der Entwurf einer Leistungsbezügeverordnung befindet sich in der Verbändeanhörung. Während der Diskussionsveranstaltung an der HTW Dresden vertrat Axel John, Leiter des Referats Dienstrecht im Sächsischen Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst, die Auffassung, die W-Besoldung könne den bisherigen Verlauf in der C-Besoldung abbilden. Immerhin lässt es das Landes-Besoldungsgesetz zu, dass Grundvergütung und Zulagen insgesamt eine Höhe von B10 (=9.965,09 Euro) erreichen. Die Fachhochschulen werden diesen Rahmen nicht ausschöpfen können, ist ihre Verhandlungsmöglichkeit doch durch einen Besoldungsdurchschnitt begrenzt, der durchschnittliche monatliche Bezüge in Höhe von ca. 4.600 Euro zulässt, also ziemlich genau zwischen Endstufe C2 Ost und West liegt.

Mit dieser Finanzausstattung können die Fachhochschulen des Landes weder das Vertrauen der C2-Stelleninhaber schützen noch Erstberufungen attraktiv ausstatten. Axel John empfiehlt den Hochschulen denn auch, bei Erstberufung zunächst auf Berufungszulagen zu verzichten. Vielmehr sollen sie mit Bewerbern Zielvereinbarungen abschließen, die bei Zielerreichung die Gewährung besonderer Leistungsbezüge ermöglichen, zunächst natürlich befristet.

Man darf gespannt sein, wie viele Bewerber sich auf diese Gleichung mit mehreren Unbekannten einlassen werden. Zu den Unbekannten gehört auch die Verbindlichkeit der Ausgestaltung der Verfahren zur Gewährung von Leistungsbezügen an den einzelnen Hochschulen selbst. Die Hochschulen be-

wegen sich nach Auffassung des Ministeriums in einem völlig unerschlossenen Terrain. Der Gesetzgeber hat abstrakte Rechtsbegriffe eingeführt, die von den Hochschulen mit Leben erfüllt werden müssen, und zwar so, dass die Verfahren der Leistungsbewertung verwaltungsgerichtlich voll überprüfbar werden. Völlig ungeklärt ist auch der Umgang mit personenbezogenen Daten im Rahmen der studentischen Lehrevalluation, deren Ergebnisse bei der Gewährung von Leistungsbezügen berücksichtigt werden sollen. Dieses Problem will das Ministerium durch Vorgaben lösen helfen.

Es ist eine anerkannte Erfahrung, dass Mitarbeiter durch Geldzufluss gering motiviert, durch Geldentzug aber erheblich demotiviert werden können. Besonders deutlich wird diese Erfahrung bei der Suche nach Perspektiven für C2-Stelleninhaber. Der Freistaat hat es unterlassen, eine Vertrauensschutzregelung zu schaffen, die eine Vergütungsentwicklung eröffnet. Auch die Diskussion konnte keine befriedigende Antwort auf diese Frage liefern. Immerhin wurden die Hochschulen aufgerufen, alle Möglichkeiten eines vertrauensvollen Wechsels in die W-Besoldung auszuschöpfen. Hausberufung, Bleibeverhandlungen sowie verbindlich und transparent ausgestaltete Verfahren bieten auch in anderen Bundesländern die Grundlage für Motivation und gesundes Betriebsklima.

Hubert Mücke

S-PLUS

Für das effiziente Veranstaltungsmanagement

an Universitäten und Fachhochschulen

Bachelor- und Master-Studiengänge

- Überschneidungsfreies Lehrangebot
- Einhaltbare Regelstudienzeit
- Zeitersparnis und Arbeitserleichterung für Planung und Verwaltung
- Kosteneinsparung durch optimierte Raumauslastung und -vermietung
- Zügiges und überprüftes Änderungsmanagement
- Abrufe und Eingaben über das Web
- Verknüpfungen zu HIS POS und HIS LSF

S-PLUS –
der Weltmarktführer
für Planungssoftware
an Hochschulen

www.scientia.de

Weitere Informationen unter:
Scientia GmbH
Hansaring 61
50670 Köln
Telefon: +49-(0)221-16 12 177
Fax: +49-(0)221-16 12 100
www.scientia.de
info@scientia.de



Europäischer versus deutscher Qualifikationsrahmen



Hans R. Friedrich

MD a.D.
Prof. Hans R. Friedrich
Erzbergerufer 14
53111 Bonn
E-Mail: hansrf@12move.de

Vortrag bei der
27. Mitgliederversamm-
lung der Fachhochschulen
in der HRK am
24./25.10.2005
in Regensburg

Nach der letzten Ministerkonferenz in Bergen (Norwegen) im Mai 2005 gehören jetzt 45 Staaten dem Bologna-Prozess an, von Albanien über die komplette EU-25 über Russland und den Vatikan bis Zypern. Die Kommission der Europäischen Union (selbst – auf deutschen Vorschlag in Prag 2001 hin – Vollmitglied) begleitet den Prozess intensiv und alle im Bologna-Prozess erreichten Vereinbarungen werden unverzüglich in die EU-Bildungspolitik zurückgekoppelt und damit in gewisser Weise auch formalisiert.

Der ursprüngliche, durch Minister initiierte Top-down-Prozess wird durch die enge Beteiligung von inzwischen acht „Consultative Members“ (Observers) und der Hochschulen insgesamt auch zu einem „Bottom-up-Prozess“, es entsteht ein „Wir-Gefühl“ für die geplante Gestaltung des Europäischen Hochschulraums bis zum Jahr 2010.

Die „European University Association (EUA)“ mit Sitz in Brüssel beansprucht, die Stimme der europäischen Hochschulen in diesen Prozess einzubringen (und erhält inzwischen vielfältige Projektförderungsmittel der Europäischen Kommission). Es war daher richtig, dass der Hochschullehrerbund (*hlb*) inzwischen – als hochschul- und wissenschaftsnahe Institution – die Mitgliedschaft in der EUA beantragt und erhalten hat. Neben der indirekten Mitgliedschaft über die Gruppe der Fachhochschulen in der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) verfügen die deutschen Fachhochschulen jetzt über einen weiteren direkten Zugang mit Sitz und Stimme in der EUA.

Qualifikationsrahmen als nationales und europäisches Thema

Die für Hochschulbildung zuständigen Minister der teilnehmenden Bologna-Staaten haben in ihrer Sitzung in Berlin am 19./20. Sept. 2003 folgenden Beschluss gefasst:

„...Die Ministerinnen und Minister empfehlen den Mitgliedstaaten, einen Rahmen vergleichbarer und kompatibler Hochschulabschlüsse für ihre Hochschulsysteme zu entwickeln, der darauf zielt, Qualifikationen im Hinblick auf Arbeitsbelastung, Niveau, Lernergebnisse, Kompetenzen und Profile zu definieren.

Sie verpflichten sich ferner, einen übergreifenden Rahmen für Abschlüsse im Europäischen Hochschulraum zu entwickeln.“¹⁾

Die Kultusministerkonferenz (KMK) hat am 21.04.2005 einen „Qualifikationsrahmen für Deutsche Hochschulabschlüsse“ beschlossen. Er wurde im Zusammenwirken von Hochschulrektorenkonferenz (HRK), Kultusministerkonferenz (KMK) und Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) entwickelt.

Deutschland gehört damit – neben Dänemark, dem Vereinigten Königreich (ohne Schottland), Irland, Schottland (gesondert vom UK) und Ungarn – zu den ersten Bologna-Staaten, die einen (nationalen) Qualifikationsrahmen verabschiedet haben. In allen anderen Teilnehmerstaaten sind solche Qualifika-

Der Bologna-Prozess hin zu einem „Europäischen Hochschulraum bis 2010“ mit gemeinsamen Grundstrukturen und -prinzipien entwickelt weiterhin große Dynamik und findet internationale Beachtung. Der Autor berichtet über die derzeitige Entwicklung.

tionsrahmen – spätestens für die nächste Bologna-Ministerkonferenz im Mai 2007 in London – in Arbeit.

Was ist ein Qualifikationsrahmen (Qualifications Framework – QF)?

Ein Qualifikationsrahmen ist eine systematische Beschreibung der Qualifikationen, die das Bildungssystem eines Landes hervorbringt, nach international vereinbarten und noch näher auszuarbeitenden Kriterien. Hier – im Bologna-Prozess – geht es zunächst um Qualifikationsrahmen für den Hochschulbereich.

Innerhalb der Europäischen Union (EU) wird angestrebt, solche Qualifikationsrahmen für alle Bildungsbereiche und -stufen zu entwickeln. Die EU hat im November 2004 eine Expertengruppe zu einem „overarching European Framework for Qualification“ eingerichtet und inzwischen einen ersten Vorschlag zu seiner Beschreibung vorgelegt.

Mit den in dem Berliner Auftrag der Minister genannten Kriterien für die Beschreibung der nationalen Qualifizierungssysteme ist zugleich implizit die Entscheidung gefallen, solche Beschreibungen künftig nicht mehr „input-orientiert“ (was schreibt der Staat vor, z.B. in Studien- und Prüfungsordnungen?), sondern „outcome-orientiert“ vorzunehmen (was hat die Absolventin oder der Absolvent in welcher zeitlichen Belastung gemacht und was soll sie oder er am Ende können?).

Die Bologna-Staaten haben die damit verbundenen Fragen in einem „Bologna-Seminar“ in Kopenhagen vom 27. – 28. März 2003 behandelt und die (bisherigen) Ergebnisse in zwei Publikationen dargestellt.²⁾

Die Beschreibungskriterien sind Niveau oder Level der Hochschulausbildung (z.B. Studienprogramme der 1. Stufe, der 2. Stufe oder der Doktorandenausbildung), Arbeitsbelastung in Stunden, aufwand pro Jahr und insgesamt und mit Credit Points nach dem ECTS versehen, Lernergebnisse und Kompetenzen (in der KMK-Ausprägung des deutschen Qualifikationsrahmens als „Wissen und Verstehen“ einerseits und „Können“ als Wissenserschließung und Anwendungsfähigkeit andererseits kategorisiert) und schließlich Profile als besondere, zusammenhängende und zweckgerichtete thematisch-inhaltliche Schwerpunkte eines nationalen oder internationalen Studiengangs.

Lernergebnisse (learning outcomes) und Kompetenzen (competences) werden mit sog. Deskriptoren beschrieben. Ihre Entwicklung ist noch nicht perfekt und noch nicht zu Ende. Mangels Besserem werden derzeit meist die sog. „Dublin Descriptors“ verwendet, die von einer Gruppe europäischer Staaten (einschl. Deutschland) im Rahmen einer Arbeitsgemeinschaft, der sog. „Joint Quality Initiative“, entwickelt wurden.

Ein Problem hierbei ist, erworbene Kompetenzen messbar zu gestalten und zu beschreiben. Hier ist noch weitere Entwicklungsarbeit nötig, die sich aber lohnen wird.

Bei den Kompetenzen wird meist nach sog. allgemeinen Kompetenzen (generic competences; z.B. kommunikative Fertigkeiten oder Selbstlernfähigkeit) und

fachspezifischen Kenntnissen und Kompetenzen unterschieden. In dem von der EU geförderten TUNING-Projekt ist für eine Reihe von Fachrichtungen versucht worden, die noch etwas vagen Dublin Descriptors fachspezifisch fortzuentwickeln und detaillierter und aussagekräftiger zu machen. Herausgekommen ist eine Liste von über 30 „generic competences“ und „competences in specific fields of learning“.³⁾

Ein „Europäischer Qualifikationsrahmen (EQF)“ als gemeinsamer „Oberrahmen (Metarahmen)“

Zusätzlich zu den nach gemeinsamem Strickmuster zu entwickelnden nationalen Qualifikationsrahmen (QF's) für alle 45 Bologna-Staaten soll es einen Europäischen Qualifikationsrahmen (EQF) geben, in den alle nationalen QF's hineinpassen. Dass heißt, der Europäische Qualifikationsrahmen muss hinreichend flexibel und allgemein sein, um nationale Besonderheiten aufnehmen zu können, aber andererseits auch einen Zwang zur Realisierung der zehn Hauptzielsetzungen des Bologna-Prozesses ausüben (sonst entsteht kein gemeinsamer „Europäischer Hochschulraum“).

Um es auf die technokratische Ebene zu bringen: es handelt sich um eine „Systemkalibrierung“ (wie bei Ihrem Ink-Jet-Drucker nach Einsetzen einer neuen Druckerpatrone) und gleichzeitig um eine handlungsbegrenzende Standardisierung (die Bologna-Staaten sind auf ein gemeinsames Zielsystem eingeschworen) und außerdem soll das Ganze noch so offen wie möglich ohne bürokratische Normierung sein (es wäre unschön, wenn wir nach der Abschaf-

am besten unterzubringen? Bei „generic competences“? Bei „subject-specific competences“? Oder vielleicht doch am besten bei „Profil“ – aber das ist ja im Metarahmen bisher nicht vorgesehen ...

Der gleiche Kopenhagener Bericht fordert, dass Hochschulen die Qualifikationsrahmen bei ihren internen Qualitätssicherungsprozessen berücksichtigen sollen. Interne Qualitätssicherungsprozesse sind aber vielfach erst noch im Aufbau.

Die Frage, wie Qualitätssicherungsereignisse unter Beteiligung Externer (Akkreditierung und Evaluation) synergetisch mit internen Qualitätssicherungsprozessen der Institution verbunden werden können, wird erst noch bearbeitet (deswegen ist das „Projekt Q“ der Hochschulrektorenkonferenz und seine Tagungen und Publikationen so wichtig).

Die Minister haben – unter Berücksichtigung des Ideals des lebenslangen Lernens – in Prag 2001 und in nachfolgenden Äußerungen gefordert, auch „relevante“ Qualifikationen, die außerhalb des Hochschulbereichs erworben wurden, für die Hochschulausbildung anzuerkennen und anzurechnen. Etablierte Verfahren, wie dies bolognaweit geschehen soll, gibt es jedoch noch nicht und deshalb ist auch noch nicht klar, wie diese Zielsetzung in nationalen Qualifikationsrahmen oder im Europäischen Qualifikationsrahmen verankert werden kann. Dokumente der OECD⁴⁾ und der EU⁵⁾ geben Anhaltspunkte dafür und in Deutschland läuft dazu ein BLK-Modellversuch zur Einbeziehung beruflicher Fortbildungsgänge im Bereich der IT-Ausbildung.

Das Gleiche gilt für die Berücksichtigung von „Joint Degrees“, wenn Hochschulen verschiedener Teilnehmerstaaten sie – soweit das rechtlich überhaupt schon möglich ist (in D bisher nicht) – vereinbart haben.

Bewertung und Ausblick

Wenn gut und unter Berücksichtigung der gegenseitigen Abhängigkeiten gemacht, verbinden sich nationale Qualifikationsrahmen, Europäischer Qualifikationsrahmen und weitere Instrumente des Bologna-Prozesses – wie Modularisierung, ECTS-Beschreibung und Diploma Supplement – zu einem schlüssigen, outcome- oder Lernerorientierten Gesamtsystem. Dies wäre dann dem bisherigen System mehr oder weniger explizit und detailliert formulierter curricularer Stoffkataloge überlegen.

Um diesen Weg erfolgreich zu beenden (wir sind noch nicht da!), sind für die weitere Entwicklungsarbeit insbesondere folgende Punkte wichtig:

- 1) Entwicklung und Verwendung einer gemeinsamen Terminologie und Methodik
- 2) Rasche, systematische Vergleiche zwischen verschiedenen nationalen Qualifikationsrahmen führen zu erleichterter Bewertung und ggfs. Anpassung
- 3) Es muss Vertrauen der Beteiligten (Hochschulen, Studierende, Arbeitgeber, Staat) in die Verlässlichkeit und Aussagekraft von Qualifikationsrahmen entwickelt werden
- 4) Die fachspezifische Ausgestaltung des Qualifikationsrahmens liegt bei den Fächern und bei den Hochschulen. Sie erfolgt Hochschultyp-unabhängig (auf unterschiedliche Bildungsziele kann jedoch in der Profilbeschreibung eingegangen werden)

- 5) Die Kombination von (staatlich „abgesegneten“) Qualifikationsrahmen und (externer) Akkreditierung stärkt die Autonomie von Hochschulen.

Vorteile der Entwicklung eines Systems von Qualifikationsrahmen könnten in einer ersten Bewertung vielleicht in folgenden Punkten gesehen werden:

- Verknüpft die bisher losen, verschiedenen Elemente des Qualifizierungssystems zu einem Gesamtsystem
- Bindet mit gleicher Systematik (Bologna, EU, Nationalstaat, Hochschule, Fachbereich, Studiengang) alle Ebenen ein (Verbesserung des „Wir-Gefühls“)
- Ist studentenfreundlicher als die früheren (autoritären) Beschreibungssysteme
- Ist weitgehend staatsunabhängig und gut anpassbar
- Ist attraktiv in einem weiter definierten Bildungsmarkt („Europäischer Hochschulraum“, „Welt“). ■

- 1) Zitiert nach Hochschulrektorenkonferenz (Hrsg.): „Bologna-Reader. Texte und Hilfestellungen zur Umsetzung der Ziele des Bologna-Prozesses an deutschen Hochschulen“, Service-Stelle Bologna, Beiträge zur Hochschulpolitik 8/2004, 4. Auflage Bonn August 2005, 3. Absatz S. 303
- 2) „A Framework for Qualifications of the European Higher Education Area“, Bologna Working Group on Qualifications Frameworks, Dec. 2004 (vgl. www.bologna-bergen2005.no oder www.dfes.gov.uk/bologna) ; Sjur BERGAN: „Qualification Structures in European Higher Education“, Report on the Danish Bologna Seminar, Copenhagen, March 27-28, 2003 (www.coe.int/higher-education)
- 3) vgl. Rudolf Andreas NÄGEL: „Europäische Kompetenzen-Konzepte im Bildungsbereich. Bedeutung und Nutzen für die Curriculum-Entwicklung“, in: „Handbuch Qualität in Lehre und Studium“, Raabe Fachverlag für Wissenschaftsinformation, Berlin 2004, Beitrag D 1.3, S. 1 – 32, ISBN: 3-8183-0207-3
- 4) OECD (Hrsg.): „The Role of National Qualifications Systems in Promoting Lifelong Learning“, OECD Paris
- 5) „Prinzipien für die Identifikation und Bewertung nicht-formalen und informellen Lernens“, Beschluss des Rates 9600/04 vom Juni 2004, Brüssel

Hochschulkooperationen

Masterstudiengang Europäische Medienwissenschaft an der FHP und der Universität Potsdam

Der zweijährige Masterstudiengang „Europäische Medienwissenschaft“ ist ein Kooperationsprojekt der Universität Potsdam und der Fachhochschule Potsdam. Das Studium dauert, einschließlich Prüfungssemester, vier Semester und wird mit dem Master of Arts abgeschlossen. Zulassungsvoraussetzungen sind ein B.A.-Abschluss (mindestens 2,0) in Europäischer Medienwissenschaft oder ein adäquater qualifizierter Hochschulabschluss in einem thematisch passenden Gebiet an einer deutschen oder ausländischen Universität, Kunst- oder Fachhochschule, der Nachweis von mindestens zwei europäischen Fremdsprachen, darunter englisch (Toefl-Test oder UniCert 3, zweite Fremdsprache UniCert 2) und ein Auslandssemester oder mindestens zwei Monate Auslandspraktikum im Medienbereich bzw. Berufspraxis sowie der Nachweis der bestandenen Aufnahmeprüfung. Nach Prüfung der Bewerbungsunterlagen werden am 21. Juli die Themen für die Bewerbungsarbeiten vergeben, die bis zum 04. August bearbeitet werden müssen. Eine Kommission lädt zwischen 22. und 27. August qualifizierter Bewerber zum Gespräch ein.

Der M.A. Studiengang Europäische Medienwissenschaft zielt auf den wachsenden Bedarf für eine Ausbildung, die die überkommene Trennung zwischen Theorie und Praxis, zwischen Gestaltung und Reflexion sowie zwischen nationaler Definition des vermittelten Wissens und internationalem Produkt- und Arbeitsmarkt nicht länger fortschreibt. Die Ausbildung bzw. Qualifizierung für die neuen „gemischten“ Berufsfelder wie für die zunehmend nachgefragte interkulturelle Medienkompetenz ist transdisziplinär angelegt. Es werden theoretische und historische Kenntnisse, gestalterisches Know-how und ästhetisches Urteilsvermögen vermittelt.

Jeder Kooperationspartner verantwortet einen Wissens-Schwerpunkt im Rahmen des gemeinsamen Lehr- und Forschungsangebots. Der Schwerpunkt des Angebots der Universität liegt insbesondere in der Medientheorie sowie der Analyse medialer Darstellungsweisen, während sich das Angebot der Fachhochschule auf die Gebiete der intermedialen Konzeption, der Nichtlinearität von digitalen Medien und der Gestaltung sowie Untersuchung komplexer medialer Umgebungen konzentriert.

Das Studium zeichnet sich durch einen hohen Projektanteil aus. Großer Wert wird auf angeleitete freie Forschungsarbeiten gelegt, die Theorie und Praxis miteinander verbinden. Ziele des Studiums sind die Erarbeitung eines begrifflichen Instrumentariums zur Analyse medialer Prozesse, die Entwicklung eines grundlegenden Verständnisses der kulturellen Bedingtheit der Medien sowie der kulturellen Prozesse, die durch Medien hervorgebracht, beeinflusst und verändert werden, die Fähigkeit zur Reflexion intermedialer Konfigurationen und deren Effekte, die kompetente Analyse von medialen Strategien und Inszenierungsformen einschließlich der Performance von Medien, die Fähigkeit zur Untersuchung und Beeinflussung komplexer medialer Umgebungen und die kompetente Bewertung gestalterischer Prozesse sowie die Entwicklung eigener Projekte.

FH Potsdam

Sieben Hochschulen bilden das neue Netzwerk „Greater Munich Area“

Mit der Unterzeichnung eines „Letter of Intent“ am 28. Juli 2005 legten sieben

bayerische Fachhochschulen den Grundstein für das zukünftige Hochschulnetzwerk „Greater Munich Area“ (GMA). Der Verbund der staatlichen Fachhochschulen Augsburg, Ingolstadt, Landshut, München und Rosenheim, der Katholischen Stiftungsfachhochschule München sowie der Universität der Bundeswehr/Fachhochschulstudiengänge wird die Exzellenz des Studienangebots der beteiligten Hochschulen durch Zusammenarbeit in definierten Schwerpunktbereichen weiter erhöhen. Davon profitiert fast die Hälfte aller bayerischen FH-Studierenden.

Präsident Prof. Dr. Gunter Schweiger, FH Ingolstadt, zur Forschung: „Alle am Netzwerk beteiligten Hochschulen bearbeiten bereits heute Projekte im Bereich der angewandten Forschung. Neben öffentlichen Auftraggebern zeigen sich auch zunehmend Wirtschaftsunternehmen interessiert an Forschungspartnerschaften mit den Fachhochschulen. Durch die strukturierte Zusammenarbeit der Hochschulen des Wirtschaftsraums Südbayerns lassen sich wissenschaftliche Breite und Tiefe der anzubietenden Forschungsthemen deutlich steigern.“

Präsident Prof. Dr. Alfred Leidig, FH Rosenheim, zum Technologietransfer: „Die beteiligten Fachhochschulen decken im Verbund beim Technologie- und Wissenstransfer nahezu alle Fach- und Spezialgebiete der Wirtschaft ab. Durch die vernetzte Information unterstützen sie in einem breit gefächerten Kompetenzbereich mit ihren ProfessorInnen und Laboreinrichtungen die bayerische Wirtschaft durch Beratungsleistung in Know-how-Fragen und Innovationen.“

Präsident Prof. Dr. Michael Pieper, Katholische Stiftungsfachhochschule, zur Lehre im Bereich Bachelor: „Beim Bachelor-Studium können im Hochschulnetzwerk durch koordinierte Entwicklung von Studiengängen und gegenseitige Anerkennung von Modulen Breite und Exzellenz des Studienangebotes gesteigert werden. Ziel dabei ist, die Wahlmöglichkeiten für einzelne Stu-

dierende bei gleichzeitiger Sicherung der hohen Qualität von FH-Studiengängen zu erweitern und ihre Beschäftigungsfähigkeit zu optimieren.“

Präsidentin Prof. Dr. Marion Schick, FH München, zur Lehre im Bereich Master: „Masterstudiengänge vermitteln HochschulabsolventInnen passgenaue Qualifikationen für spezifische Berufsfelder. Sie bauen auf den grundlegenden Kompetenzen auf, die in grundständigen Studiengängen vermittelt wurden und fokussieren die Inhalte auf detaillierte Anwendungsbereiche. Im Netzwerk GMA werden die Kompetenzen der beteiligten Hochschulen so verzahnt, dass Masterstudierende jeder Hochschule auf die Kompetenzen aller Hochschulen zugreifen können. Für die Studierenden entsteht so eine Qualitätsgarantie für ihr Studium, die sich am Kompetenzstandard im gesamten Wirtschaftsraum Südbayern – der Greater Munich Area – orientiert.“

Vizepräsident Prof. Dr. Thomas Wüstrich, Universität der Bundeswehr/Fachhochschulstudiengänge, zur Organisation: „Unter dem Stichwort „Studium der zwei Geschwindigkeiten“ können besonders leistungsstarke Studierende staatlicher Hochschulen des Netzwerks einzelne Module (Lehrveranstaltungen) im Rahmen von Bachelor und/oder Masterstudiengängen an der Universität der Bundeswehr München schneller als an ihrer Stammschule absolvieren. Das Studium an der Universität der Bundeswehr wird nämlich in Trimestern organisiert. Studienleistungen können also schneller erbracht werden, entlasten die Studierenden in anderen Bereichen und tragen somit zu insgesamt kürzeren Studienzeiten und besserem Studienerfolg bei. Weitere Möglichkeiten der organisatorischen Zusammenarbeit können sich aus der gemeinsamen Nutzung von zentralen Quer-

schnittseinrichtungen, wie z.B. den Bibliotheken, den Rechen- oder Sprachenzentren ergeben.“

Präsident Prof. Dr. oec. Erwin Blum, FH Landshut, zum Markenauftritt: „Das Hochschulnetzwerk Greater Munich Area bündelt die Kompetenzen sieben bayerischer Hochschulen in Forschung, Lehre, Technologietransfer und Weiterbildung. Mit einem eigenen Markenauftritt werden sich die sieben Hochschulen national und international als zentraler Ansprechpartner im Großraum München für die genannten Bereiche positionieren. Mittelfristig soll der Begriff GMA untrennbar mit diesem Hochschulnetzwerk verbunden sein.“

Präsident Prof. Dr. Hans-Eberhard Schurk, FH Augsburg, zur Weiterbildung: „Die akademische Weiterbildung ist die logische Fortsetzung des Bachelor-/Mastersystems und damit eine Domäne der Fachhochschulen. Heute gibt es an den Hochschulen im Hochschulnetzwerk „Greater Munich Area“ bereits mehr als 15 weiterbildende Masterstudiengänge: von Applied Computational Mechanics bis zum Sozialmanagement, von Baumanagement bis zur Internationalen Betriebswirtschaft (MBA). Und jährlich kommen neue dazu, denn die Stärke der Fachhochschulen ist die praxisorientierte Lehre, die nicht nur jungen Studierenden zugute kommt, sondern auch erfahrenen Kollegen in der Praxis erfolgreiches „lifelong learning“ auf hohem Niveau ermöglicht.“

Ursula Dobler

Kooperationsvertrag zwischen der FH Fulda und der Universität Kassel

Nachdem die Hochschulen in Süd- und Mittelhessen bereits entsprechende Kooperationen abgeschlossen haben, gibt es nun auch in der Wissenschaftsregion Nord- und Ostthessen eine hochschulübergreifende Rahmenvereinbarung. Diese betrifft vor allem die gemeinsame Entwicklung und Organisation gestufter Studiengänge, Forschungsprojekte, kooperative Weiterbildungsangebote und die verstärkte Zusammenarbeit im Bereich Wissenstransfer.

„Neben Effizienzsteigerung und Kosteneinsparung ist vor allem die Angebotsverbreiterung, die mit der Kooperationsvereinbarung verbunden ist, von entscheidender Bedeutung“, hob Wissenschaftsminister Udo Corts hervor. Er unterstrich, dass die Verbesserung des Studienangebots sich für die Studierenden bereits in diesem und im nächsten Jahr durch zwei gemeinsame Masterstudiengänge auswirke: Angeboten werden „Pädagogik für Pflege- und Gesundheitsberufe“ vom Fachbereich Wirtschaftswissenschaften der Universität Kassel und dem Fachbereich Pflege und Gesundheit der Fachhochschule Fulda. Außerdem der Studiengang „International Food Business and Consumer Studies“ vom Fachbereich Ökologische Agrarwissenschaften der Universität Kassel und dem Fachbereich Oecotrophologie der Fachhochschule Fulda.

Der Präsident der Universität Kassel, Prof. Dr. Rolf-Dieter Postlep und der Präsident der Fachhochschule Fulda, Prof. Dr. Roland Schopf, hatten den Kooperationsvertrag zwischen beiden Hochschulen am 27. Juli in der Fachhochschule Fulda unterzeichnet.

Irmgard Krumm

Der Bachelor als Regelabschluss in den Wirtschaftswissenschaften: Empirische Befunde



Udo Mandler

Prof. Dr. Udo Mandler
Fachhochschule Gießen-
Friedberg
Fachbereich Wirtschaft
Wiesenstrasse 14
35390 Giessen
udo.mandler@w.fh-gies-
sen.de

Gestufte Studiengänge haben die Aufgabe, dem Arbeitsmarkt für differenzierte Anforderungen Absolventen mit differenzierten Hochschulabschlüssen zu bieten und die Kostenwirtschaftlichkeit des Hochschulsystems zu erhöhen. Sowohl die Bachelor- als auch die Masterstudiengänge sollen gezielt berufsbefähigend ausgerichtet werden, Masterstudiengänge allerdings in anspruchsvollere Tätigkeitsfelder führen. Die Vorteile der Stufung können sich aber nur entfalten, wenn der Bachelor von den Hochschulen tatsächlich als berufsbefähigender Regelabschluss konzipiert und vom Arbeitsmarkt entsprechend akzeptiert wird, gleichzeitig aber der Zugang zu den weiterführenden Masterprogrammen nach jeweils definierten Leistungskriterien eingeschränkt wird.

Vor diesem Hintergrund wird hier drei Fragen nachgegangen:

1. Inwieweit werden Bachelorabsolventen von den Unternehmen akzeptiert?
2. Kann und soll der Bachelorabschluss von den Fachbereichen berufsbefähigend ausgestaltet werden und damit die Chance erhalten, zum neuen Regelabschluss zu werden?
3. Wie hoch sollte der Anteil der Bachelorabsolventen sein, der ein anschließendes Masterstudium aufnimmt (Übergangsquoten)?

Die nachfolgenden Ergebnisse beruhen auf der Auswertung mehrerer empirischer Untersuchungen, die im Jahr 2004 durchgeführt wurden. Zu nennen ist die groß angelegte Bachelorbefragung der Prüfungsjahrgänge 2002/2003 der HIS GmbH (Minks/Briedis 2005), eine

Unternehmensbefragung des Instituts der deutschen Wirtschaft (2004) sowie eine eigene Befragung der Dekane wirtschaftswissenschaftlicher Fachbereiche deutscher Fachhochschulen und Universitäten (in Zusammenarbeit mit M. Schmidt). Die Methodik dieser Untersuchungen, Detailergebnisse und weitere Befunde zur Hochschulreform in den betriebswirtschaftlichen Studiengängen sind zusammenfassend dargestellt in einer Monographie des Verfassers (Mandler 2005a).

Die Akzeptanz der Bachelorabsolventen im Arbeitsmarkt

War das Meinungsbild bis vor kurzem noch eher skeptisch, so scheint die Mehrzahl der deutschen Unternehmen den Befragungen zufolge die neuen Abschlüsse nun zu akzeptieren. Nach den Angaben des Instituts der deutschen Wirtschaft hatten im Jahr 2004 bereits etwa 10% der befragten 672 Unternehmen unterschiedlicher Branchen und Größenklassen Bachelor- und Masterstudenten eingestellt. Die Bewertung der Unternehmen ist überwiegend positiv: Unabhängig von der Einstiegsposition haben Bachelorabsolventen bei zwei Drittel der Unternehmen die gleichen Karrierechancen wie traditionelle Hochschulabsolventen. Bei Unternehmen, die bereits Bachelorabsolventen beschäftigen, steigt dieser Anteil auf 73%. Deutliche Unsicherheiten und Nachteile bestehen aber hinsichtlich der Einstiegspositionen: Nur 30% der Unternehmen wollen Bachelorabsolventen Positionen auf dem Level von

Welche Akzeptanz finden Bachelorabsolventen bei den Unternehmen? Welche beruflichen Einstiegspositionen werden ihnen im Vergleich zu Diplomabsolventen angeboten?

Der Autor wertet Ergebnisse empirischer Untersuchungen aus.

Tabelle 1: Einstiegspositionen für Bachelorabsolventen aus Sicht der Unternehmen

Einstiegspositionen auf dem Level von ... (Angaben in % der Unternehmen, Mehrfachnennungen möglich)	
Absolventen einer beruflichen Aufstiegsfortbildung (Fachwirt, Meister u.ä.)	37,5 %
Hochschulabsolventen	29,9 %
berufliche Ausbildung	6,8 %
kommt auf den Einzelfall an	36,6 %
keine Positionen / keine Angabe	21,4 %

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft (2004), S. 12.

Hochschulabsolventen zuordnen (vgl. Tabelle 1). Für Masterabsolventen bestehen dagegen deutlich bessere Perspektiven.

Eine andere Befragungsperspektive nimmt die HIS-Bachelorbefragung ein. Hierbei handelt es sich um eine Vollerhebung der frühen Bachelorjahrgänge mit Abschluss in den Jahren 2002 und

2003. Die Absolventen wurden dabei u.a. nach ihrer gegenwärtigen „beruflichen Stellung“ gefragt. Tabelle 2 zeigt das Ergebnis: das Gros der wirtschafts- und ingenieurwissenschaftlichen Bachelorabsolventen hat eine Anstellung im traditionellen Einstiegsbereich der „wissenschaftlich qualifizierten“ Angestellten gefunden. Die Ergebnisse im Einzelnen:

Tabelle 2: Einstiegspositionen für Bachelorabsolventen wirtschafts- und ingenieurwissenschaftlicher Studiengänge (HIS-Bachelorbefragung 2004)

Berufliche Stellung (Prozentanteile)	Universitäten		Fachhochschulen		Unterschiede	
	Bachelor (1)	Diplom (2)	Bachelor (3)	Diplom (4)	Bachelor (1) - (3)	FH (3) - (4)
leitende Angestellte	5	5	1	5	+4	-4
wissenschaftlich qualifizierte Angestellte						
– mit Leitungsfunktion	25	12	8	15	+17	-7
– ohne Leitungsfunktion	31	55	54	52	-23	+2
qualifizierte Angestellte	17	15	23	21	-6	+2
unterqualifizierte Angestellte	6	0	6	0	0	+6
Selbstständige und Beamte	16	13	8	7	+8	+1
Summe	100 %	100 %	100 %	100 %		

Quelle: Minks/Briedis (2005), S. A40, eigene Berechnungen.

(1) Über die Hälfte der *Fachhochschulbachelor* ist im Bereich „wissenschaftlich qualifiziert, ohne Leitungsfunktion“ tätig, weitere 23 % im Bereich der qualifizierten Angestellten. Dies entspricht dem traditionellen Beschäftigungseinstieg; die in der letzten Spalte der Tabelle 2 ausgewiesenen Unterschiede zwischen FH-Bachelor- und Diplomabsolventen sind daher auch vergleichsweise gering. Dem entspricht, dass etwa zwei Drittel der wirtschafts- und ingenieurwissenschaftlichen Fachhochschulbachelor sich als ihrer Hochschulausbildung entsprechend „adäquat“ beschäftigt empfinden. Diese Größe entspricht etwa dem Vergleichswert der Diplomanden. Auch die Brutto-Jahresgehälter weichen zwischen Bachelor (€ 35.600) und Diplomanden (€ 37.800) nicht wesentlich voneinander ab. Bezieht man die Kürze des Studiengangs und die damit zeitlich verlängerte Erwerbsfähigkeit mit ein, so scheint für die Fachhochschulabsolventen der Bachelorabschluss vorteilhafter als der traditionelle Diplomabschluss zu sein.

(2) Die *Universitätsbachelor* sind im Vergleich zu den Fachhochschulbachelor, aber auch zu ihren Kommilitonen mit Diplomabschluss, deutlich stärker in Bereichen mit Leitungsfunktion tätig und scheinen damit überraschenderweise über höherwertige Beschäftigungschancen zu verfügen als ihre Kommilitonen mit Diplom. Diesem Befund steht allerdings entgegen, dass

- sich nur 46 % der Universitätsbachelor hinsichtlich ihrer beruflichen Position als adäquat eingesetzt fühlen im Vergleich zu 67 % der universitären Diplomanden,
- die Universitätsbachelor dieser Fachrichtung den Angaben der HIS zufolge mit € 32.400 insgesamt nicht nur ein deutlich geringeres Brutto-

Jahreseinkommen erzielen als die entsprechenden Diplomanden (€ 39.600), sondern dieses Einkommen vor allem auch geringer ist als das ihrer Kommilitonen von den Fachhochschulen (€ 35.600).

Der scheinbare Widerspruch zwischen höherwertiger Leitungsfunktion und vergleichsweise niedrigem Einkommen mag sich dadurch begründen, dass die Universitätsbachelor anders als ihre diplomierten Kommilitonen vor allem in mittelständisch geprägten Unternehmensstrukturen tätig sind.

Sieht man von der angegebenen Einstiegsposition ab, so scheinen die Universitätsbachelor sich durch die kürzeren Studiengänge insgesamt schlechter zu stellen als ihre Fachhochschulkommitonen. Dies gilt in besonderer Weise auch für die Chance des beruflichen Einstiegs. Für Bachelorabsolventen, die nach dem Studium einen Berufseinstieg angestrebt haben, kommen die Autoren der HIS-Studie (Minks/Briedis 2005, S. 96) über alle untersuchten Fachrichtungen hinweg zu folgendem Ergebnis: „[I]m Laufe des ersten Dreivierteljahres nach dem Abschluss [nehmen] rund drei Viertel der Fachhochschul-, aber nur knapp ein Drittel der Universitätsbachelor eine reguläre Erwerbstätigkeit auf“.

Für die wirtschafts- und ingenieurwissenschaftliche Fachrichtung beträgt diese Quote an den Fachhochschulen für Bachelor- und Diplomabsolventen übereinstimmend etwa 80%. Bei den Universitätsbachelor ist sie mit beinahe 50% zwar höher als der universitäre Durchschnitt, dennoch aber deutlich niedriger als bei den Fachhochschulbachelor und den entsprechenden universitären Diplomanden (70%). Der Berufseinstieg gelingt den Bachelorabsolventen der Fachhochschulen somit wesentlich leichter und auf einem finanziell höheren Niveau; dies wird vor allem auf das anwendungsorientierte Ausbildungskonzept der Fachhochschulen zurückzuführen sein.

Der Bachelor als erster berufsqualifizierender Abschluss

In einer Unternehmensbefragung, die im Auftrag der IHK Berlin (2004) durchgeführt wurde, wurde den 134 beteiligten Unternehmen unterschiedlicher Branchen und Größenklassen die folgende Frage vorgelegt: „Können in einem Bachelorstudiengang die Qualitäten erworben werden, die Sie von Hochschulabsolventen erwarten?“ Nur 19% antworteten auf diese Frage mit „nein“, 22% enthielten sich und eine Mehrheit von 59% antwortete zustimmend. Dieser Befund deutet darauf hin, dass die Vertreter der Wirtschaft (mit knapper Mehrheit) davon ausgehen, dass im Bachelor eine berufsbefähigende Hochschulausbildung zu leisten ist.

Um dieser Frage genauer nachzugehen, wurden den Dekanen wirtschaftswissenschaftlicher Fachbereiche vom Verfasser die nachfolgenden Thesen zur Bewertung vorgelegt:

1. Bachelorstudiengänge sollten (auf jeden Fall) berufsqualifizierend sein.
2. Die Einführung der gestuften Abschlüsse ist nachteilig, weil im Bachelorstudiengang eine berufsqualifizierende Hochschulausbildung nicht zu leisten ist.

Abbildung 1 zeigt deutliche Unterschiede in der Bewertung durch die Vertreter der Fachhochschulen und Universitäten: Der geforderten Ausrichtung des Bachelorstudiengangs auf die Berufsfähigkeit wird von Fachhochschulseite nahezu uneingeschränkt zugestimmt:

Abbildung 1: Bachelorstudiengänge sollten auf jeden Fall berufsqualifizierend sein

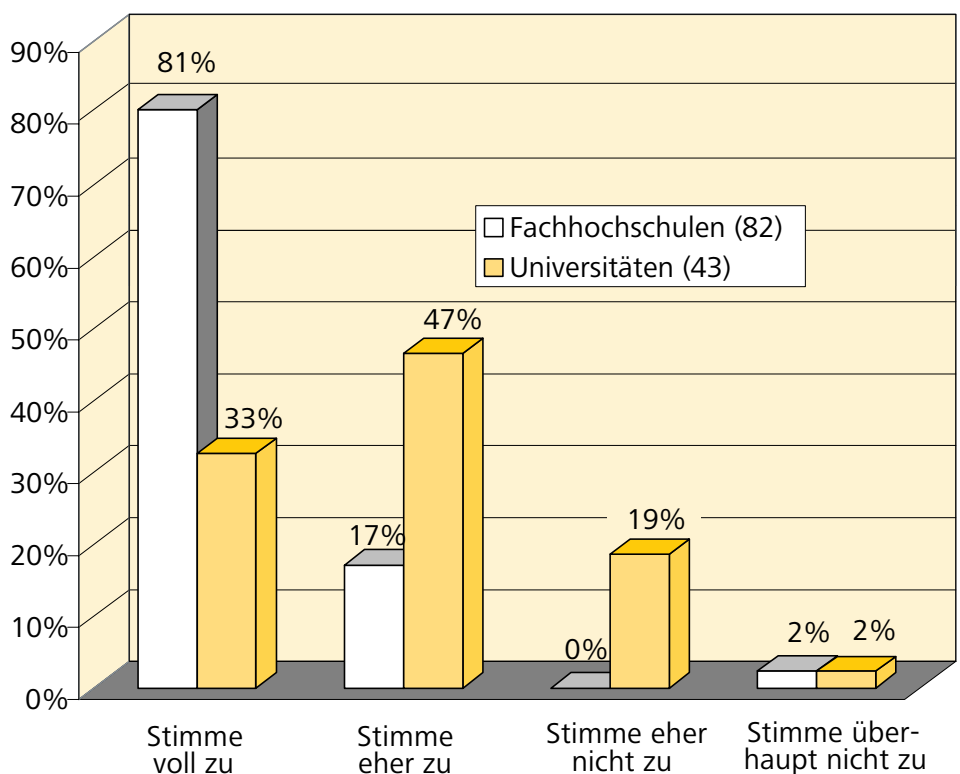
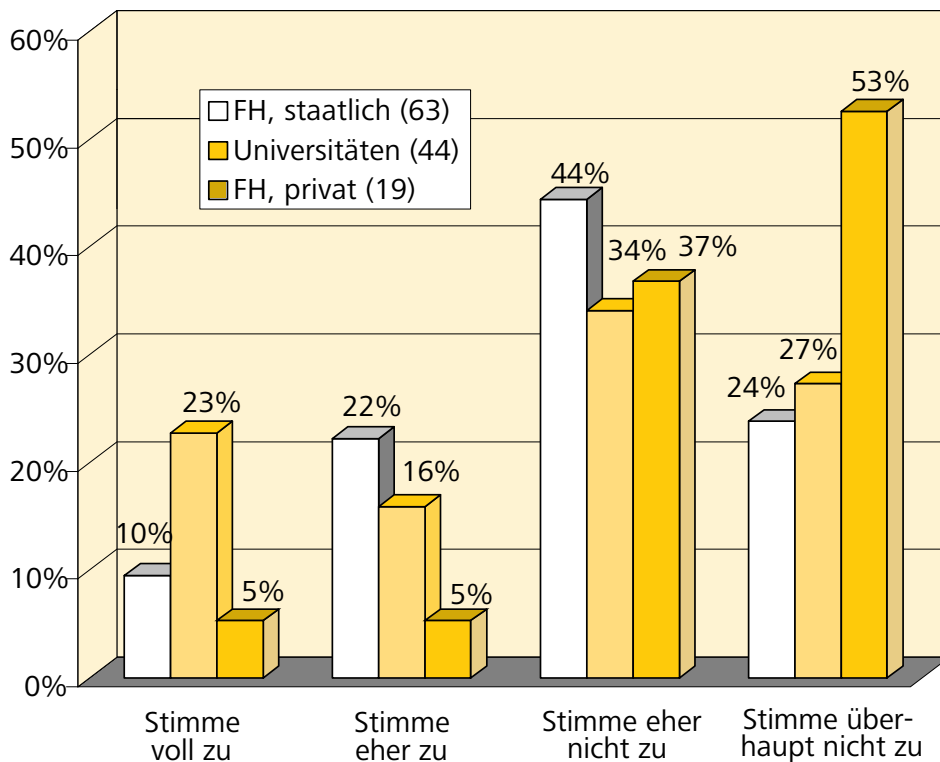


Abbildung 2: Nachteil gestufter Studiengänge: Im Bachelor ist eine berufsqualifizierende Hochschulausbildung nicht zu leisten



80% stimmen der These sogar „voll zu“, lediglich zwei Fachhochschuldekane zeigen sich ablehnend. Die Vertreter der Fakultäten stimmen der These zwar mit deutlicher Mehrheit (voll oder eher) zu, in der Häufigkeitsverteilung zeigen sich aber dennoch deutliche Vorbehalte gegenüber der berufsbefähigenden Ausrichtung.

Diese unterschiedliche Beurteilung durch die Befragungsgruppen setzt sich in abgeschwächter Form fort bei der Bewertung der zweiten These. Abbildung 2 macht deutlich, dass immerhin etwa ein Viertel der Universitätsdekane der These „voll“ zustimmt, dass in einem kurzen Bachelor-Studiengang eine berufsqualifizierende Hochschulausbildung *nicht* zu leisten ist und daher die Einführung gestufter Studienabschlüsse abzulehnen ist. Allerdings

stimmt eine gleichgroße Gruppe von Universitätsdekane diesem Argument „überhaupt nicht“ zu, sodass sich hier eine Meinungskontroverse graphisch abbildet.

Betrachtet man die Häufigkeitsverteilung der Nennungen bei den Fachhochschulen getrennt nach staatlichen und privaten, so zeigt sich ein interessantes Bild: Die Verteilung der staatlichen Fachhochschulen differiert nicht allzu stark von jener der Universitäten. Die privaten Fachhochschulen zeigen sich der These 2 gegenüber aber deutlich ablehnend und sehen somit kein Problem in der berufsqualifizierenden Ausrichtung der Bachelorstudiengänge.

Sowohl die Vertreter der Fachhochschulen als auch der Universitäten erwarten unserer Untersuchung zufolge mit großer Mehrheit, dass die Bachelorabschlüsse nach einer gewissen Anzahl von Jahren tatsächlich zum Regelab-

schluss werden. Dem steht nicht entgegen, dass zumindest ein Teil der Fakultäten ihre betriebswirtschaftlichen Bachelorstudiengänge stark theorieorientiert und somit auf den Masterabschluss bezogen ausrichtet („Der Bachelor öffnet alle Türen, der Master ist das Ziel“).

Übergangsquoten und -motive

Die Übergangsquote ist im Grunde eine einfache quantitative Maßzahl für die erfolgreiche Einführung gestufter Studiengänge: Je niedriger der Anteil der Studierenden ist, der ein weiterführendes Masterstudium aufnimmt, desto stärker nähert man sich dem politisch angestrebten „Regelabschluss Bachelor“ und desto nachhaltiger wirkt sich die Stufung der Abschlüsse auf die Umgestaltung des Hochschulsystems aus.

In diesem Zusammenhang erscheint die Frage von Interesse, welche Übergangsquoten je nach Hochschulart von den wirtschaftswissenschaftlichen Dekanen als „angemessen“ erachtet werden. Für den Bereich der Universitätsausbildung geben sowohl die Dekane der Fachhochschulen als auch die Universitätsdekane übereinstimmend eine Quote von durchschnittlich etwa 40% an. Für den Bereich der Fachhochschulen gehen die Bewertungen erwartungsgemäß stark auseinander: Während die Fachhochschuldekane den Anspruch erheben, etwa ein Drittel ihrer Studierenden in die Masterstudiengänge aufzunehmen, empfinden die Universitätsdekane die geringere Quote von 21% als angemessener.

Die tatsächlichen Übergangsquoten waren bislang allerdings deutlich höher: Nach Angaben der Bachelorbefragung der HIS verblieben aus dem Prüfungsjahrgang 2002/2003 über alle Studienfächer hinweg mehr als drei Viertel der Universitäts- und über die Hälfte der Fachhochschulbachelor in einem weiteren Studium. Neun Monate nach ihrem

Abschluss hatten mehr als 60% der betriebswirtschaftlichen Absolventen der Fachhochschulen ein weiterführendes Studium (i.d.R. ein Masterstudium) aufgenommen; überraschenderweise ist der Anteil der wirtschaftswissenschaftlichen Universitätsbachelor hier geringfügig geringer und weicht damit deutlich von den Übergangsquoten anderer universitärer Studiengänge ab.

Fragt man nach den Gründen für die hohen Quoten, so ergibt sich vor allem, dass die Studierenden mit einem Masterstudium ihre beruflichen Chancen verbessern wollen. Das „Vertrauen in die Berufschancen mit dem Bachelorabschluss“ ist bei den Studierenden beider Hochschularten noch eher gering. Während die Universitätsabsolventen dabei an die Probleme des Berufseinstiegs denken, sehen die Fachhochschulbachelor sich eher in ihrer langfristigen beruflichen Entwicklung beschränkt.

Zusammenfassung

- Unternehmensbefragungen deuten darauf hin, dass der Bachelor von der Wirtschaft als erster berufsqualifizierender Abschluss mittlerweile angenommen wird, die Einstiegspositionen von den Unternehmen aber erwartungsgemäß unter denen bisheriger Hochschul- bzw. Universitätsabsolventen gesehen werden. Eine berufsqualifizierende Ausrichtung des Bachelorstudiums halten die Unternehmen prinzipiell für möglich.
- Die HIS-Bachelorbefragung ergibt, dass die überwiegende Zahl der berufstätigen Bachelor sich zwar in den traditionellen Einstiegsbereichen für Hochschulabsolventen positionieren konnte, die Einstiegsgehälter aber geringer sind als bei den Diplomanden. Dem (wirtschaftswissenschaftlichen) Fachhochschulbachelor gelingt im Vergleich zu den Universitätsbachelor der Berufseinstieg deutlich leichter und auf einem finanziell höheren Niveau. Insgesamt sind im Fachhochschul- anders als im univer-

sitären Bereich die Unterschiede zwischen den Bachelor und ihren diplomierten Kommilitonen eher gering.

- Auf die Frage, ob Bachelorstudiengänge berufsqualifizierend ausgerichtet werden sollten, äußerten sich die Fachhochschuldekane deutlich zustimmend, während eine starke Minderheit der Fakultäten in dieser Frage Vorbehalte geltend macht.
- Für die Universitätsausbildung geben die Dekane beider Hochschularten eine Übergangsquote von etwa 40% an; für den Bereich der Fachhochschulen gehen die Bewertungen auseinander (FH-Dekane: 35%, Uni-Dekane: 21%). Die tatsächlichen Übergangsquoten sind der HIS-Bachelorbefragung zufolge aber deutlich höher. Mehr als die Hälfte der Absolventen beider Hochschularten belegt danach ein weiterführendes Studium. ■

Literatur:

- IHK Berlin u.a. (Hrsg.) (2004): Mit Bachelor und Master nach Europa. Erwartungen der Wirtschaft an die Absolventen der neuen Studiengänge. Berlin, September 2004.
- Institut der deutschen Wirtschaft (2004): Akzeptanz- und Karrierechancen von Bachelor- und Masterabsolventen deutscher Hochschulen. iw-trends 3/2004. Köln.
- Mandler, Udo (2005a): Gestufte Studiengänge und Hochschulreform: Ergebnisse einer Befragung wirtschaftswissenschaftlicher Fachbereiche. Waxmann Verlag, Münster u.a.
- Mandler, Udo (2005b): Bachelor- und Masterstudiengänge in der BWL: Die Einstellungen der Dekane wirtschaftswissenschaftlicher Fachbereiche. In: Zeitschrift für betriebswirtschaftliche Forschung, S. 453-466.
- Minks, Karl-Heinz / Briedis, Kolja (2005): Der Bachelor als Sprungbrett? Ergebnisse der ersten bundesweiten Befragung von Bachelorabsolventinnen und Bachelorabsolventen. Teil 1: Das Bachelorstudium. HIS Kurzinformation A3. Teil 2: Der Verbleib nach dem Bachelorstudium. HIS Kurzinformation A4. Hannover.

Weiterbildung

Kita-Management – Berufsbegleitende Weiterbildung

Die Fachhochschulen Potsdam und Brandenburg starten Ende November 2005 in Kooperation mit der IHK Potsdam die berufsbegleitende Weiterbildung „Kita-Management“. Angesprochen sind LeiterInnen von Kindertagesstätten sowie ErzieherInnen, die sich für Leitungsaufgaben qualifizieren wollen.

Die modular aufgebaute Weiterbildung bietet fachliche Schwerpunkte wie Recht, Betriebswirtschaft, Leitungskompetenz, Marketing und Fundraising, Qualitätsentwicklung, Kompetenzentwicklung im Vorschulalter, Neue Medien im Alltag von Kindern, Interkulturelle Pädagogik, Kindliche Entwicklung und Handlungskompetenz sowie Eltern als Erziehungs- und Bildungspartner. Das Gesamtprogramm umfasst ca. 360 Stunden und kann mit einem Zertifikat der Hochschule abgeschlossen werden. Je nach individueller Perspektivplanung haben die Teilnehmenden darüber hinaus die Möglichkeit, Leistungspunkte (ECTS) zu erlangen, die im Rahmen des Bachelor-Studiengangs „Bildung und Erziehung in der Kindheit“ der FH Potsdam als studienadäquate Leistung anerkannt werden können. An Weiterqualifizierung Interessierte haben somit die Chance – dies ist das Neue und Besondere des Konzepts – die Weiterbildung als Schritt in Richtung Studienabschluss für sich nutzen. Die Belegung von einzelnen Modulen ist ebenfalls möglich.

FH Potsdam

Kulturelle Zusammenarbeit in Europa

Welche kulturellen Förderprogramme gibt es in der EU? Was muss bei der Gestaltung von Anträgen und Verträgen in internationalen Zusammenhängen beachtet werden? Wie können Verständigungsprobleme, die auf unterschiedliche Mentalitäten zurückzuführen sind, identifiziert und angegangen werden?

Diese und weitere Themenbereiche werden in einer 2,5-tägigen Weiterbildungsveranstaltung „Kulturelle Zusammenarbeit in Europa“ bearbeitet. Das Seminar wendet sich an MitarbeiterInnen aus kulturellen Einrichtungen und Projekten, die internationale Projekte innerhalb Europas aufbauen, pflegen oder verbessern möchten.

„Kulturelle Zusammenarbeit in Europa“ ist ein Modul des Weiterbildungsprogramms „Management – Marketing – Kommunikation“, das vom Studiengang Kulturarbeit und der Zentralen Einrichtung Weiterbildung der FH Potsdam zum zweiten Mal durchgeführt wird.

FH Potsdam

Mediation – konstruktive Konfliktbewältigung

Die Fachhochschule Frankfurt am Main – University of Applied Sciences (FH FFM) bietet seit September 2005 den kostenpflichtigen Weiterbildungslehrgang „Mediation – konstruktive Konfliktbewältigung“ an.

Theorie, Methodik und Praxistransfer der Mediation und der Konfliktbearbeitung stehen im Mittelpunkt der Weiterbildung. Der 16-monatige Lehrgang beginnt am 9. September 2005 und findet an den Wochenenden statt.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Lehrgangs lernen unterschiedliche Kommunikationsstile kennen, üben verschiedene Techniken der Konfliktbearbeitung und erproben ihr Wissen in selbständigen Fallbearbeitungen.

Angelika Hutzel

Bachelor Fachübersetzer (Technik) oder (Wirtschaft)

Die Fachhochschule Würzburg-Schweinfurt bietet ab dem Sommersemester 2006 einen neuen Studiengang in Zusammenarbeit mit der Würzburger Dolmeterschule sowie den Fachakademien in Erlangen, Kempten und München an: Absolventen der Fachakademien haben die Möglichkeit, in nur einem Jahr den akademischen Grad eines Bachelors Fachübersetzer (Technik) bzw. Fachübersetzer (Wirtschaft) zu erlangen.

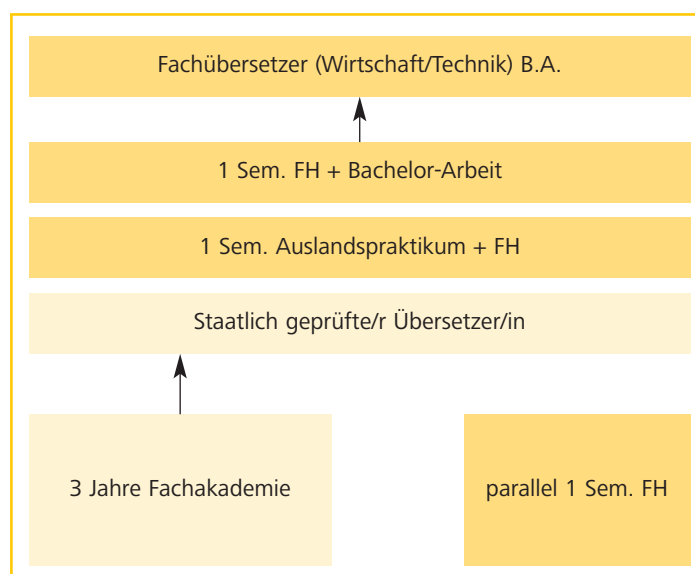
Der Pluspunkt dieser interdisziplinären Zusatzqualifikation besteht darin, dass Fächer vermittelt werden, die bei der späteren Berufsausübung dringend notwendig sein werden: Interkulturelle Kommunikation, unternehmerische Basiskompetenz sowie übersetzungsorientierte Terminologiarbeit und computergestütztes Übersetzen (CAT). Darüber hinaus werden gezielt Kenntnisse in den Sachfächern Wirtschaft oder Technik vertieft. Ein dreimonatiges Auslandspraktikum rundet die breit gefächerte Ausbildung zum Fachübersetzer (Technik) oder Fachübersetzer (Wirtschaft) ab.

Die Grafik zeigt den Aufbau des Studiums zum Bachelor – Fachübersetzen (Technik)/Fachübersetzen (Wirtschaft).

Der Studienplan sieht folgenden Ablauf vor: Parallel zur dreijährigen Ausbildung an einer der fünf bayerischen Fachakademien besuchen die Studierenden an einigen Wochenenden sowie während einiger Wochen ihrer Ferien Seminare und schreiben Klausuren. Nach bestandener Prüfung zum Staatlich geprüften Übersetzer absolvieren die Studierenden ein Auslandspraktikum in einem englisch- oder französischsprachigen Land. Es folgen weitere Lehrveranstaltungen an der Fachhochschule und abschließend die Bachelorarbeit.

Als erste Fremdsprache kann Englisch oder Französisch gewählt werden, als zweite Fremdsprache Französisch, Spanisch oder Englisch. Den Studierenden wird ein eigenes Multimedia-Labor mit spezieller Software wie zum Beispiel „MultiTerm“, „Translator's Workbench“ und „Across“ zur Verfügung stehen.

Katja Klein



Bewerbertraining FH-Professur

Die Chancen für eine Berufung auf eine Professur waren seit langem nicht so gut wie heute. Zwar blieben sowohl die Gesamtzahl der Professoren an deutschen Hochschulen (38.000) wie deren Durchschnittsalter (52 Jahre) seit Anfang der neunziger Jahre nahezu unverändert, interessant sind aber nach Meinung von Hans-Martin Barthold die Strukturveränderungen, auf die er in der FAZ vom 19. November 2005 hinweist. So hat sich der Anteil der über sechzigjährigen Professoren von 15 auf über 25 Prozent erhöht. Damit werden schon bald mehr als 9.000 Professoren in den Ruhestand eintreten. Darüber hinaus hat Barthold „Beschäftigungszuwächse der Fachhochschulen zu Lasten der Universitäten“ festgestellt.

Das Angebot ist gut, aber auch die Bewerberzahlen steigen. Um eine ausgeschriebene Professur bewerben sich 100 Wissenschaftler. Insgesamt bieten die Fachhochschulen bessere Chancen als die Universitäten.

Der Hochschullehrerbund *hlb*, will den Nachwuchs bei der Vorbereitung auf Bewerbung und Berufungsverfahren unterstützen. Hierfür bietet er ein Bewerbertraining an. Im Vordergrund steht dabei die individuelle Vorbereitung auf Berufungsverfahren sowie das Video-Training in Kleingruppen. Daneben werden konkrete Informationen zum Berufungsverfahren, zu den Erfahrungen aus Sicht der Berufungskommission und zu den rechtlichen Rahmenbedingungen und Verhandlungsstrategien für Berufungsverhandlungen gegeben.

Das Seminar wird unter Beteiligung erfahrener FH-Professoren und externer Trainerinnen durchgeführt, die bereits über umfassende Erfahrung in der Vorbereitung von Bewerbern auf eine Universitäts- und Fachhochschulprofessur verfügen. Es besteht die Möglichkeit, vor Seminarbeginn die Bewerbungsunterlagen einzureichen und ein entsprechendes Feedback innerhalb eines anschließenden individuellen Beratungsgesprächs zu erhalten.

Termine, Programm und Anmeldeunterlagen finden Sie auf den Internetseiten www.hlb.de

Seminar W-Besoldung für Personalverantwortliche

Im Oktober und November 2005 führte der *hlb* Seminare zur Handhabung der W-Besoldung an den Fachhochschulen durch. Die Teilnehmer haben den Seminaren ausgezeichnete Noten erteilt. Sie dienen nicht nur dem Erfahrungsaustausch und der Information über die formalen Vorgaben der W-Besoldung sondern thematisieren auch die unbestimmten Begriffe, die der Gesetzgeber den Hochschulen zur inhaltlichen Ausfüllung überlassen hat. Darüber hinaus werden auch die finanziellen und rechtlichen Risiken für Hochschule und Professorenbewerber angesprochen.

Angesprochen sind in erster Linie die Hochschulleitungen, die Personalverantwortlichen in den Verwaltungen und die Fachbereiche.

Zu den vielen Fragen, die während des Seminars beantwortet werden, gehören u.a.:

- Welche Möglichkeiten bietet der Vergaberahmen?
- Wie verbindlich sind Richtlinien?
- Wann ist der Abschluss von Zielvereinbarungen sinnvoll und welche Anforderungen sind an Zielvereinbarungen zu stellen?
- Wie können Zulagenarten miteinander kombiniert werden?
- Was bedeutet Glaubhaftmachung im Rahmen von Bleibeverhandlungen?

Aktuelle Rundschreiben für Mitglieder

- ▶ Rs. 01 Beihilfeberechtigung von Ehegatten mit eigenem Einkommen
- ▶ Rs. 02 Erholungsurlaub ohne Beantragung und Genehmigung
- ▶ Rs. 03 Mitbestimmung in Kollegialorganen
- ▶ Rs. 04 Ehegatten-Arbeitsverhältnis
- ▶ Rs. 05 Arbeitszimmer: Ausstattung und Arbeitsmittel fallen nicht unter den steuerlichen Höchstbetrag
- ▶ Rs. 06 Nutzung des häuslichen Arbeitszimmers, eine Beispielrechnung
- ▶ Rs. 07 Nutzung des häuslichen Arbeitszimmers: Verwaltungsanweisung des Bundesfinanzministeriums vom 16.6.98
- ▶ Rs. 08 Computerkauf und seine steuerliche Behandlung
- ▶ Rs. 09 Dienstreise und Genehmigungspflicht
- ▶ Rs. 10 Berufsunfähigkeit und Rente, Leistungen der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA)
- ▶ Rs. 11 Betriebsrenten und ihr Einfluss auf die Höhe der Altersversorgung
- ▶ Rs. 12 Renten und ihr Einfluss auf die Höhe der Altersversorgung
- ▶ Rs. 13 Kindergeld bei Kindern über 18 Jahre
- ▶ Rs. 14 Nachholung von Lehrveranstaltungen
- ▶ Rs. 15 Mindestversorgung unter besonderer Berücksichtigung der neuen Länder
- ▶ Rs. 16 Anerkennung von Vordienstzeiten in den neuen Bundesländern aus der Zeit vor dem 3. Oktober 1990
- ▶ Rs. 17 Einnahmen der Hochschulen aus Forschungstätigkeit im Umsatzsteuerrecht
- ▶ Rs. 18 Versorgung bei Dienstunfähigkeit
- ▶ Rs. 19 Verwertung von Diplomarbeiten
- ▶ Rs. 20 Steuerliche Anerkennung der Aufwendungen für Studienreisen/Besuche von Fachkongressen
- ▶ Rs. 21 Urheberrecht bei wissenschaftlichen Veröffentlichungen
- ▶ Rs. 22 Beantragung von Forschungsfreisemestern
- ▶ Rs. 23 Haftung an Hochschulen
- ▶ Rs. 24 Nebenberuflicher Unterricht ist rentenversicherungspflichtig
- ▶ Rs. 25 Erfindungen und Patente
- ▶ Rs. 26 Sorgfalt im Umgang mit Dienstschlüsseln

▶ Rs. 27 Die leicht verständliche Beihilfebroschüre des *hlb*

Online anzufragen unter hlbbonn@aol.com

Seminare des Hochschullehrerbundes *hlb* Jetzt anmelden: Fax 02 28 - 35 45 12 !

7. Februar 2006	W-Besoldung: kompetent beraten, verhandeln und entscheiden Wissenschaftszentrum Bonn, 10.30 Uhr bis 17.00 Uhr	☐
9. Februar 2006	Drittmittelforschung: Die erfolgreiche Planung, Beantragung und Durchführung Drittmittel geförderter Forschung Wissenschaftszentrum Bonn, 10.30 Uhr bis 17.00 Uhr	☐
3. – 4. März 2005	Bewerbertraining FH-Professur Siegburg (ICE-Strecke Frankfurt – Köln) Freitag 16.00 Uhr bis Samstag 17.00 Uhr Der Seminarbeitrag beträgt 550 EUR, eine Ermäßigung ist nicht möglich	☐
9. März 2006	Akkreditierung in den – Wirtschaftswissenschaften (FIBAA) – Ingenieurwissenschaften (AQUAS + ASIIN) Wissenschaftszentrum Bonn, 10.30 Uhr bis 17.00 Uhr	☐
16. März 2006	W-Besoldung: kompetent beraten, verhandeln und entscheiden Wissenschaftszentrum Bonn, 10.30 Uhr bis 17.00 Uhr	☐
30. März 2006	Planspiel Einsatz in der Lehre <i>hlb</i> -Workshop in Kooperation mit TERTIA und BTI, Wissenschaftszentrum Bonn, 11.00 Uhr bis 17.00 Uhr	☐

Der Seminarbeitrag beträgt für *hlb*-Mitglieder 250,-EUR, Nichtmitglieder zahlen 400,-EUR. Im Seminarbeitrag enthalten sind umfangreiche Seminarunterlagen, Getränke sowie ein Mittagessen. Ein Seminarprogramm erhalten Sie nach Anmeldung. Weitere Informationen finden Sie im Internet unter: www.hlb.de

Hiermit melde ich mich zu den oben angegebenen (bitte ankreuzen !) *hlb*-Seminaren an:

Titel, Vorname, Name: _____

Institution/Hochschule: _____

Straße: _____ PLZ, Wohnort: _____

Rechnungsanschrift: _____

E-Mail: _____

Telefon: _____

Ich bin ☐ Mitglied im *hlb* ☐ kein Mitglied im *hlb* ☐ an einer Mitgliedschaft im *hlb* interessiert
und zahle im Falle eines Beitritts zum *hlb*
nur den ermäßigten Seminarbeitrag

(Datum, Unterschrift) _____

Systematisches Evaluationsmanagement am Beispiel einer Forschungsprojekt- und einer Lehrveranstaltungsevaluierung



Hartmut F. Binner

Prof. Dr.-Ing.
Hartmut F. Binner
Dr. Binner Consulting &
Software
Schützenallee 1
30519 Hannover
binner@cim-house.de

Evaluation in der Forschung und Forschungsförderung – insbesondere in der nach Begutachtung mit Drittmitteln geförderten Forschung – ist seit Jahrzehnten eingeführt und in Deutschland selbstverständlich. Dagegen ist Evaluation der Lehre als Evaluation von Studiengängen in Deutschland eine relativ neue Entwicklung.

Die Evaluation der Lehre ist primär als Rückmeldung an die jeweils Lehrenden, aber auch an die Studierenden, die Fachbereiche und Hochschulleitungen zu verstehen, also eine deutliche Betonung des Prozesscharakters. Zur Verbesserung der Qualität der Lehre gehören sachgerechte Bewertungen der Lehrtätigkeiten, Beurteilung von Lehrveranstaltungen und Studiengängen, Stärkung der Mechanismen hochschulinterner Selbstkontrolle durch Einführung von Controlling als Grundlage strategi-

scher Planung. Es geht um Aufklärung, Appell und Überzeugung, Anreize und gegebenenfalls Sanktionen. Vorrangig aber geht es um die Induzierung des Lernprozesses zur Verbesserung der Qualität der Lehre.

In Abbildung 1 sind weitere Evaluationsbeispiele im Hochschulbereich gezeigt. Übergeordnete Themen sind dabei

- Erreichen der Qualitätsstandards,
- Wirksamkeit des Führungsinstrumentariums,
- Abdeckung der Handlungsfelder und
- Institutionalisierung von Managementkonzepten.



Abbildung 1: Evaluierungsthemen im Hochschulbereich

Über das nachfolgend beschriebene SYCAT®-Evaluationstool ist eine internet/intranetbasierte Evaluierung unterschiedlicher Evaluationsaufgabenstellungen wirtschaftlich, zeitnah und systematisch unter Beachtung aller Datenschutzaspekte möglich.

Systematische Vorgehensweise in sechs Schritten

In Abbildung 2 ist das systematische Evaluationsvorgehensmodell in 6 Schritten mit den Zielvorgaben abgebildet.

Im Einzelnen gehören zu den in Abbildung 2 gezeigten sechs Schritten folgende Inhalte:

- Schritt 1 bezieht sich auf das Einrichten einer Projektorganisation für dieses Evaluationsprojekt mit der Festlegung der Projektbeteiligten und der Projektziele mit dem erwarteten Nutzen. Weiter gehört dazu die Abklärung der Rahmenbedingungen und das Festlegen der Projektorganisation mit der Projektplanung, -Steuerung und dem Projektcontrolling.
- In Schritt 2 wird dann das Evaluationsprojekt gezielt vorbereitet. Dazu gehört die Festlegung des Adressatenkreises, die Ansprache der Adressaten sowie die Vorgaben der Evaluationsmethoden- und Inhalte, mit der die Evaluationsdauer und Frequenz sowie das Bereitstellen der Evaluationstools und Hilfsmittel.
- Falls keine Standardfragenkataloge bzw. Checklisten existieren, sollten sie in Schritt 3 individuell für dieses Evaluationsprojekt entwickelt werden. Hierbei bietet das SYCAT®-Evaluationstool eine ganze Anzahl von Unterstützungsaktivitäten. Möglich ist eine freie Layout-, Format- und Wertebereichsgestaltung für die Entwicklung offener oder geschlossener Fragenkataloge. Weiter lassen sich Beurteilungskategorien bilden bzw.

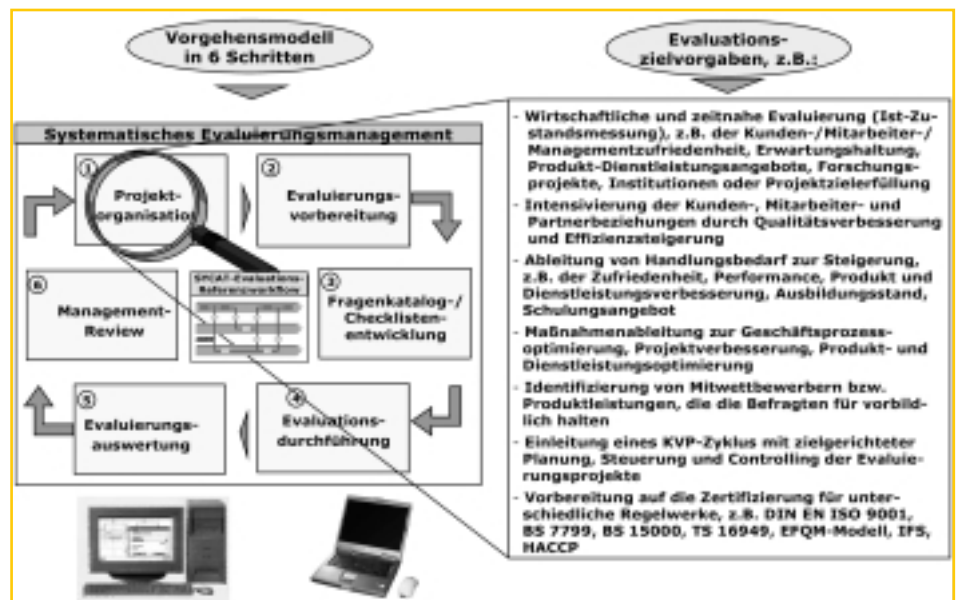


Abbildung 2: Ziele des online-Evaluationsmanagement

- Fragenklassifizierungen mit Ergebniscodierungen vornehmen. Jede Fragegruppe oder die einzelnen Fragen lassen sich gewichten. Weiter werden Musterfragebögen mit unterschiedlichen Fragetypen bzw. Gruppeneinteilungen bereitgestellt. Auch die Eingabe von Hilfstexten und Sprungverweise pro Frage sind möglich.
- Nach der Entwicklung dieser projektspezifischen Evaluationsfragen bzw. Checklisten kann in Schritt vier die eigentliche Evaluationsdurchführung beginnen. Hierbei ist anonym oder personenbezogen ein automatisierter e-Mail-Versand an die in Schritt zwei festgelegten Adressaten möglich. Eine variable Umfragelaufzeit ist einstellbar, weiter existieren vorformatierte Datenfelder – beispielsweise Datum- und numerische Zahlenfeldeingaben. Falls gewünscht, ist eine Personalisierung der Checklisten bzw. Fragebogen auf der Start- und Bestätigungsseite vorgesehen.

- Weiter ist das Ausfüllen von Wertetabellen mit beliebiger Anzahl von Spalten und Zeilen sowie das Ausfüllen von Bewertungstabellen mit einer beliebigen Anzahl von Bewertungsfeldern möglich. Die Bewertungsmethoden sind frei wählbar, beispielsweise ja/nein- Beantwortung, Notenzuordnung, Erfüllungsgrade usw.
- Nach der Durchführung der Evaluierung durch die befragten Personen können jetzt in Schritt 5 automatisiert eine ganze Anzahl von Evaluationsauswertungen durchgeführt werden. Ein direkter Austausch mit Excel/CSV und SSPS ist möglich. Neben der tabellarischen Darstellung lassen sich auch grafische Auswertungen in Form von Balken-, Torten- oder Portfoliodarstellungen abbilden, ebenso wie Radardiagramme. Innerhalb der vorgegebenen Ergebniskategorien werden Reifegrad- oder Performanceabstufungen beispielsweise mit Hilfe von Ampelfunktionen durchgeführt. Übergeordnet sind Statistikauswertungen über dieses Evaluationsmanagement möglich.

ationsprojekt möglich. Auch Kennzahlenbildungen für das Evaluationscontrolling lassen sich vornehmen.

- Als letzter und 6. Schritt des systematischen Evaluationsmanagement findet ein Evaluationsmanagementreview statt. Hier wird überprüft, ob die Evaluationsziele mit dem erwarteten Nutzen tatsächlich eingetreten sind. Bei Abweichungen lässt sich der Handlungsbedarf mit den einzuleitenden Maßnahmen ermitteln, der notwendig ist, um die angestrebten Ergebnisse tatsächlich noch zu erreichen. Ferner findet eine umfangreiche Projektdokumentation statt.

SYCAT®-Evaluationstoolbeschreibung

Die Durchführung der oben erläuterten 6 Evaluierungsschritte können vom SYCAT®-Evaluationstool unterstützt werden. Dieses SYCAT®-Evaluationstool ist eine webbasierte Standardsoftware zur Planung, Erstellung, Vorgabe, Pflege, Durchführung, Koordination, Auswertung und Kontrolle von Evaluationen, Audits und Assessment in Form von Selbst- oder Fremdbewertungen, z.B. bezogen auf

- Kundenzufriedenheitsmessung
- Mitarbeiterbeurteilung
- Lieferantenbeurteilungen
- Führungsbeurteilung
- Projektzielerreichung
- Anforderungs-/Zielerfüllungsgrad
- Lastenhefterfüllungsgrade
- Organisationsbewertung
- Kompetenzbefragung
- EFQM-Evaluierung
- Schulungs-/Seminarcontrolling
- Messereporting/Marktforschung
- Forschungs-/Lehrveranstaltungsevaluierung
- Kundenbefragungen
- Managementsystembewertung.

Das SYCAT®-Evaluationstool wurde als Standardsoftware entwickelt, damit eine flexible und schnelle Integration in bestehende Systeme ermöglicht werden kann und als Web-Applikation auf der Basis von Java realisierbar ist. Dadurch ergeben sich folgende Vorteile:

- die Software kann mit jedem Internet-Browser genutzt werden
- es ist keine Client-Installation erforderlich (keine Roll-Out Kosten)
- ein ASP-Modell zur Softwarenutzung kann sofort angeboten werden (niedrige Eintrittsbarriere durch flexibles Preismodell)
- die Verwendung von Java als Entwicklungs- und Laufzeitumgebung sichert größtmögliche Plattform- und Herstellerunabhängigkeit.

Über das SYCAT®-Workflowmodul sind best practice Referenz-, Evaluations-, -Audit- und -Assessmentmanagementprozesse vorgegeben, die eine automatisierte Durchführung im hohen Maße unterstützen. Der wesentliche Vorteil hierbei ist, dass über die universellen Schnittstellen alle vorhandenen IT-Systeme und -Applikationen im Unternehmen, die zur Beantwortung, Messung oder Bewertung der Evaluationsindikatoren und Auditfragen beitragen können, integriert werden.

Speziell für die ortsunabhängige, d.h. mobile Evaluations-Ist-Datenerfassung steht hier eine online-Informationssystemanwendung im Focus, bei der mit der Standardsoftware SYCAT®-mobile der Zugriff auf lokale oder externe IT-Systeme über folgende Arten erfolgen kann:

- drahtlos über Funk oder GMS
- über Webserver im Intra- oder Internet
- über Standardschnittstellen.

Dies ist orts- und zeitunabhängig sowie workflow- oder mitarbeiterbasierend möglich.

Die Verbindungen ermöglichen vorgabeseitig die elektronische Bereitstellung von Stamm- bzw. Vorgabedaten für Check- bzw. Fragelisten, Prozessschritte, Mitarbeiter, Prüf- und Arbeitsanweisungen, Projektziele und -maßnahmen

usw.; rückmeldeseitig die elektronische Weiterleitung der mit SYCAT®-mobile erfassten Ist-Evaluationsdaten online zu den weiteren SYCAT®-Online-Managementanwendungen.

Die Anwendung und der Erfolg dieser Evaluations-Standard- oder Individual-Software wird entscheidend über die nachfolgend beschriebene systematische Vorgehensweise bestimmt.

Evaluierungsbeispiel an Hand eines Forschungsprojektes

Die Umsetzung obiger sechs Schritte wird am Beispiel einer Forschungsprojektevaluierung erläutert. Nach dem Einrichten der Projektorganisation werden aus der vorhandenen Projektdokumentation – wie zum Beispiel der Projektausschreibung und den gestellten Projektanträgen – als erstes die Evaluierungsziele in Form einer Zielbaumstruktur präzisiert. In diesem Fall nach:

- Rahmenkonzept (Text)
- Förderprogramm (Förderschwerpunkte, Ausschreibungen)
- Projekte (Anträge).

Hierbei findet eine enge Abstimmung zu den vorher bei der Festlegung der Projektorganisation ausgewählten Projektbeteiligten statt. Diese Abstimmung bezieht sich auch auf die in Schritt 2 beschriebene Vorbereitung auf die eigentliche Evaluationsdurchführung.

Weiter ist eine Festlegung der Bewertungsindikatoren zur Messung der Evaluationszielerreichung notwendig. Am Beispiel der Forschungsprojektevaluierung handelt es sich hierbei um:

- Indikatoren zu Rahmenkonzeptbewertung
 - Kohärenz (Durchgängigkeit)
 - Effizienz (Wirtschaftlichkeit)
 - Effektivität (Zielerreichung)
 - Nachhaltigkeit (langfristige Wirkungen)
- Indikatoren zu Projektbewertung
 - Transfer
 - Umsetzung
 - Wirkung.

Innerhalb der einzelnen Indikatoren zur Projektbewertung erfolgt eine weitere Präzisierung nach Bewertungskriterien wie zum Beispiel beim ausgewählten Projektbewertungsindikator „Wirkung“ differenziert nach:

- 1) Interdisziplinarität
- 2) Kundenorientierung
- 3) Europäische Orientierung
- 4) Offener Diskurs
- 5) Zukunftsorientierung mit Integration des Bestehenden.

Mit Hilfe dieser Indikatoren lassen sich anschließend die Fragebogen bzw. Checklisten für Durchführung strukturieren. Hierbei sind – optional mit Softwareunterstützung – unterschiedliche Evaluationsmethoden möglich, wie:

- Interview/Befragung
- Fragebogen
- Stärken-/Schwächenanalyse
- Erfüllungsgradmessungen
- Dokumentenanalyse
- Workshops
- Jahresberichte
- Vorher/Nachher.

Es schließt sich die Evaluierungsauswertung an. Abbildung 3 zeigt am Beispiel einer Portfoliodarstellung, wie die Zielerreichung visualisiert wird.

Falls das angestrebte Segment 1 mit erfüllten Projektanforderungen und hoher Wirksamkeit nicht erreicht wird, ergibt sich der notwendige Handlungsbedarf zur Projektverbesserung in Form von Maßnahmenplänen und Dokumentationsanforderungen.

Evaluierungsbeispiel an Hand einer Lehrveranstaltung

In den letzten Jahren sind in sehr vielen Bundesländern durch die jeweilig dafür gegründeten Evaluierungsagenturen eine ganze Anzahl von Evaluierungsschecklisten entwickelt wurden, die fächer- bzw. vorlesungsbezogen den Studenten für die Evaluierung zur Verfügung gestellt werden. Eine beispielhafte Zusammenstellung der Fragegruppen ist in Abbildung 4 dargestellt

Weiter können die Studenten noch Anregungen und Antworten auf folgende offene Fragen geben, zum Beispiel:

- Was hat Ihnen gut gefallen/sollte beibehalten werden?
- Was hat Ihnen nicht gefallen/sollte geändert werden?
- Was sagen Sie zu den Rahmenbedingungen der Lehrveranstaltung (Räume, Medien-/Technikausstattung etc.)
- Was ich sonst noch sagen wollte?

Über die Auswertung des Evaluationsbogens wird ein Lernprozess der Selbsterkenntnis in Gang gesetzt, der zur Qualitätsverbesserung und Effizienzsteigerung der Hochschule führt.

Zusammenfassung

Sinnvoll ist es, neben der Ergebnisbewertung zusätzlich ein Evaluationsmanagementreview in Sinne einer Verfahrenskontrolle durchzuführen. Hierbei wird geprüft, ob die Ergebnisse auf richtige Art und Weise zustande gekommen sind.

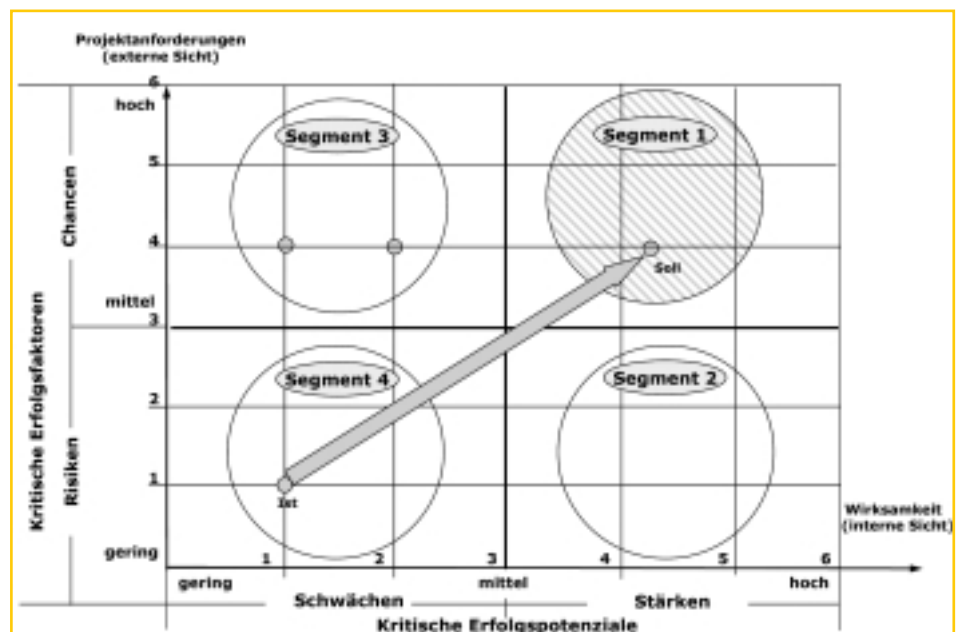


Abbildung 3: Schlüsselprozessportfolio

	Sehr häufig	Eher häufig	Eher selten	Sehr selten
Fragenkomplex 1: Beteiligung an der Lehrveranstaltung				
Wie oft haben Sie die Lehrveranstaltung besucht?	☐	☐	☐	☐
Wie oft haben Sie sich durch Fragen und/oder Antworten beteiligt?	☐	☐	☐	☐
Wie oft haben Sie die Lehrveranstaltung vor- und/oder nachbereitet?	☐	☐	☐	☐
Fragenkomplex 2: Inhalt der Lehrveranstaltung				
Die Stoffumfang in der Lehrveranstaltung war gut zu bewältigen.	☐	☐	☐	☐
Die Inhalte der Lehrveranstaltung war gut gegliedert.	☐	☐	☐	☐
Die zur Verfügung gestellten Begleitmateriale sind hilfreich und aktuell.	☐	☐	☐	☐
Insgesamt beurteile ich den Inhalt der Lehrveranstaltung positiv.	☐	☐	☐	☐
Fragenkomplex 3: Bewertung der Dozentin				
Das Engagement der Dozentin war hoch.	☐	☐	☐	☐
Der Vortragstil der Dozentin war gut.	☐	☐	☐	☐
Die Dozentin ging auf Fragen angemessen ein.	☐	☐	☐	☐
Der Vortrag der Lehrenden war aktuell und gut verständlich.	☐	☐	☐	☐
Die Dozentin war regelmäßig und rechtzeitig präsent.	☐	☐	☐	☐
Mein persönlicher Eindruck vom Auftreten der Dozentin war gut.	☐	☐	☐	☐
Insgesamt beurteile ich die Dozentin positiv.	☐	☐	☐	☐
Fragenkomplex 4: Didaktik der Lehrveranstaltung				
Die Lehrinhalte wurden anschaulich vermittelt.	☐	☐	☐	☐
Der Medieneinsatz war angemessen und sinnvoll.	☐	☐	☐	☐
Mein Interesse für das Fach wurde geweckt.	☐	☐	☐	☐
Mein Verständnis für fachliche Probleme wurde gefördert.	☐	☐	☐	☐
Die Bedeutung des Stoffes für meine Berufstätigkeit wurde mir deutlich.	☐	☐	☐	☐
Die theoretischen Zusammenhänge wurden verständlich vermittelt.	☐	☐	☐	☐
Insgesamt beurteile ich die Didaktik der Lehrveranstaltung positiv.	☐	☐	☐	☐

Abbildung 4: Fragebogen zur Beurteilung einer Lehrveranstaltung

Diese Verfahrenskontrollen beinhalten zum Beispiel folgende Fragen:

- Wurde im Sinne der Zielsetzung richtig geplant?
- Stimmt die Zielsetzung der Gestaltungsmaßnahmen?
- Waren die richtigen Mitarbeiter beteiligt?
- Sind die richtigen Methoden benutzt worden?
- Wurden alle Rahmenbedingungen beachtet?
- Entsprachen die eingesetzten Mittel bei der Gestaltung den Planvorgaben?

Sollten sich bei diesen Ergebnis- oder Verfahrenskontrollen Abweichungen einstellen, so ist immer wieder kritisch zurückzufragen, ob die Ausgangssituation ausreichend, systematisch und im notwendigen Umfang analysiert wurde.

Dabei sind beispielsweise folgende Fragestellungen aufzuwerfen:

- Bezieht sich diese Ergebnisbewertung auf alle vorgegebenen Projektziele?
- Sind bei der Zielformulierung gegenwärtig und zukünftig mögliche Entwicklungstendenzen berücksichtigt?
- Wurden die Ziele vollständig und neutral in Bezug auf alle möglichen Lösungen formuliert?
- Sind die vorgegebenen Ziele in ihrer Erreichbarkeit messbar und werden sie von allen Beteiligten akzeptiert?
- Entsprachen die entwickelten Lösungsalternativen und ausgewählten Teillösungen den Anforderungen der Gesamtzielsetzung?
- Wurden diese ausgewählten Lösungen und Konzepte von allen Beteiligten getragen?
- Waren die Realisierungspläne realistisch in Bezug auf Termine, Kapazitäten und Kosten?
- Waren diese Realisierungspläne abgestimmt mit anderen Maßnahmen

oder besonderen Rahmenbedingungen im Unternehmen?

- Sind diese Realisierungspläne mit den notwendigen Prioritäten hinsichtlich Dringlichkeit und Wichtigkeit im Gesamtzusammenhang berücksichtigt worden?
- Erfolgte die Realisierung gemäß dieser terminlichen, sachlichen und personellen Vorgaben der Sollkonzeption?

Über die erläuterte systematische Vorgehensweise des Evaluationsmanagement in sechs Schritten zusammen mit Evaluationsmethoden und -tools lassen sich diese Fragen effektiv und effizient beantworten, um damit die in Abbildung 1 genannten Evaluierungsziele zu erreichen. ■

Literatur- und Internethinweis:

- Binner, H.F.: Handbuch der prozessorientierten Arbeitsorganisation. REFA-Fachbuchreihe „Unternehmensentwicklung“. 1. Auflage. Carl Hanser Verlag, München Wien 2004. Copyright REFA Bundesverband e. V. Darmstadt. REFA-Bestell-Nr. 280052. 1041 Seiten (brochiert, Preis: 49,90 Euro). ISBN 3-446-22703-2.
- Binner, H.F.: EFQM-Buch „Managementleitfaden zur Erreichung der Spitzenleistung nach dem EFQM-Modell“, mit etwa 260 Seiten Umfang im September 2005 als 1. Auflage im Carl Hanser Verlag.
- Weitere Informationen erhalten Sie unter www.sycat.de, info@cim-house.de oder telefonisch unter 0511 / 848648-200.

Studierendenzahlen steigen: HRK besorgt über Abbau von Studienmöglichkeiten

An deutschen Hochschulen studieren im angelaufenen Wintersemester 1,98 Millionen Studierende. Damit sind die Studierendenzahlen um ein Prozent gestiegen. Die Zahlen bleiben also auf hohem Niveau, obwohl die Aufnahmefähigkeit der Hochschulen schon lange überschritten ist.

Die Zahl der Studienanfänger ist um zwei Prozent zurückgegangen, obwohl die Zahl der Schulabsolventen und auch ihr Wunsch zu studieren zunimmt. Die Ursache liegt in der unzureichenden Finanzierung der Hochschulen: Wegen der Streichung von Studiengängen und der Vielzahl von Zulassungsbeschränkungen konnten nur 352.000 Studienanfänger aufgenommen werden. In einigen Bundesländern ist sogar ein Rückgang von über 15 Prozent bei den Studienanfängern zu verzeichnen.

Die Studienanfängerquote ist 2005 auf 36,7 Prozent zurückgegangen. 2003 lag diese noch bei 38,9 Prozent. Deutschland hat sich damit von dem Ziel, dass mindestens 40 Prozent eines Altersjahrganges ein Studium aufnehmen, wieder weiter entfernt. Dieser Rückgang verschlechtert unsere internationale Wettbewerbsposition. Um hier eine Trendwende herbeizuführen, ist eine gemeinsame Kraftanstrengung von Ländern und Bund dringend erforderlich.

HRK

HRK kritisiert Ländergesetz- entwürfe zu Studienbeiträgen

Kritik an der Art und Weise, wie die Länder Baden-Württemberg, Bayern, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen die Erhebung von Studienbeiträgen gestalten wollen, hat das Plenum der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) am 23. November in Bremen geübt.

Es widerspreche sowohl dem Gedanken der Autonomie der Hochschulen als auch dem Konzept des Wettbewerbs zwischen den Hochschulen, wenn Baden-Württemberg und Niedersachsen die Hochschulen zur Einführung einer Einheitsgebühr von 500 Euro verpflichteten. Bayern lässt zwar einen Korridor für die Gebührenhöhe, zwingt aber ebenfalls die Hochschulen zu deren Einführung. Nach bisherigen Plänen überlässt allein das Land Nordrhein-Westfalen den Hochschulen die Entscheidung, ob und in welcher Höhe Gebühren erhoben werden.

Die Sicherstellung der Sozialverträglichkeit der Gebühren durch Ausfallfonds, die von der Hochschule gespeist werden, steht zudem im Widerspruch zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom Januar 2005, stellte das HRK-Plenum fest. Diese spricht ausdrücklich davon, dass die Länder dieser Forderung in „eigenverantwortlicher Wahrnehmung“ Rechnung tragen müssen. Vor allem das nordrhein-westfälische Modell, wonach 25 Prozent der Einnahmen in einen Ausfallfonds eingestellt werden müssten, um den Rückzahlungsausfall von BAföG-geförderten Studierenden aufzufangen, ist nach Überzeugung des Plenums nicht hinnehmbar. Hier bürde der Staat seine Pflicht zur sozialverträglichen Ausgestaltung den Studierenden auf. Durch dieses seltsame Solidarmodell sei die Verbesserung der Studienbedingungen nur sehr eingeschränkt möglich.

Das Plenum der HRK hatte am Vortag in Bremen eine Entschließung zur künftigen Studienfinanzierung verabschiedet. Darin hatte die HRK ihre bisher vorgelegten Empfehlungen, die sich für die Einführung von Studienbeiträgen „als Drittmittel für die Lehre“ aussprechen, noch einmal konkretisiert.

Wenn Hochschulen Studienbeiträge einführen, sollen diese von allen Studierenden gleichermaßen aufgebracht werden.

Die sozial verträgliche Ausgestaltung soll nicht durch Ausnahmetatbestände, sondern allein durch die Möglichkeit der Vorfinanzierung der Beiträge und durch flexible Rückzahlungsbedingungen, die an der persönlichen finanziellen Leistungsfähigkeit der Absolventen orientiert sind, hergestellt werden. Nur eine solche Lösung führe zu den erwünschten hochschulpolitischen Steuerungseffekten und zu einer Minimierung des Verwaltungsaufwandes.

Die Kreditangebote sollen aus dem Wettbewerb der Finanzierungsinstitute hervorgehen. Das Ausfallrisiko solle teils durch eine Versicherungslösung, teils durch eine staatliche Absicherung abgefangen werden. Wichtig sei, dass das Angebot eines Finanzierungsinstitutes von allen Studierenden zu gleichen Konditionen in Anspruch genommen werden könne.

Die HRK forderte zudem die Wirtschaft auf Studienfonds aufzulegen. Aus diesen könnte sie Studierenden, die sie für besonders förderungswürdig halte und längerfristig an sich binden wolle, die Studienbeiträge finanzieren.

Längerfristig hält die HRK eine Neuordnung des gesamten Systems der Studienfinanzierung unter Einschluss der Finanzierung der Kosten der Lebenshaltung für erforderlich. In Anbetracht des Ziels, den Anteil von Studierenden am Altersjahrgang und den Anteil der Studierenden aus niedrigen Einkommensverhältnissen nachhaltig zu steigern, müssten noch einmal alle Möglichkeiten erörtert werden, das Studium für eine größere Anzahl von jungen Leuten finanzierbar zu machen.

HRK

Bildungsoffensive 2006: Wissenschaftliche Begleitung durch Hochschule Karlsruhe

Karlsruhe, 17.11.2006 – Die Aktivitäten der „Bildungsoffensive 2006“, für die sich eine Reihe von namhaften Unternehmen engagieren, werden künftig durch die Hochschule Karlsruhe – Technik und Wirtschaft wissenschaftlich begleitet. Die Lehr- und Forschungseinrichtung steuert pädagogische und technische Konzepte bei und befasst sich außerdem mit der Lernwirkungsforschung.

Die „Bildungsoffensive 2006“ ist eine privatwirtschaftliche Initiative von führenden Unternehmen aus der Weiterbildungsbranche, der Hard- und Softwareindustrie sowie weiterer Sponsoren. Ihr Ziel ist es, die Bildungsbedingungen für Schüler und Studierende in Deutschland durch private Investitionen zu verbessern. Dafür werden Produkte und Dienstleistungen von den Anbietern subventioniert. Die Aktivitäten der Initiative werden in Zukunft auch um Schulungsangebote für Schüler, Eltern, Lehrer und Studierende erweitert. Beteiligt sind zurzeit die Unternehmen AMD, BEMA Consulting, Bonner Akademie, Computersysteme Stein, Conosco, DHL, Digital Publishing, Hewlett-Packard, Master Solution, Microsoft, Symantec, WBT, die Zurich Gruppe sowie der Deutsche Volkshochschul-Verband und das Nachrichtenmagazin Focus.



Drei Kinder mit EduBook
Foto: Bildungsoffensive 2006

Als erste Schule hat das Thomas-Strittmatter-Gymnasium in St. Georgen eine EduBook-Klasse in Deutschland eingerichtet und alle Schülerinnen und Schüler der Klasse 6 b mit einer mobilen Lernstation ausgerüstet.

Das EduBook ist ein hochwertiges Business-Notebook mit einem umfassenden Softwarepaket (darunter Microsoft Office 2003), einer Reihe von Lernprogrammen (Englisch-Sprachkurs, Microsoft „Lernen und Wissen 2006“, elektronische Enzyklopädie u.a.) sowie einem Serviceangebot. Der Gesamtwert der einzelnen Komponenten liegt bei rund 1.800 Euro. Um möglichst vielen Eltern und Großeltern die Möglichkeit zu geben, etwas für die Zukunft ihrer Kinder oder Enkel zu tun, bietet die „Bildungsoffensive 2006“ das EduBook bis Ende Januar 2006 zu einem von den Firmen gesponserten Sonderpreis von nur 998 Euro an.

Susanne Baumann

1. Platz beim Researchwettbewerb »Request« für Studierende des Studiengangs Informationswirtschaft der FH Köln

Studierende des 7. Semesters im Studiengang Informationswirtschaft haben beim Researchwettbewerb »ReQuest« des Deutschen Competitive Intelligence Forum (SCIP/DCIF) den 1. Platz belegt. Das Recherchethema lautete „Einsatz und Erfolg von Competitive Intelligence (CI) im deutschen Mittelstand. Wie notwendig und sinnvoll ist der Einsatz und kann er mit eigenem Personal geleistet werden“. Es wurde von den Studierenden innerhalb von 4 Wochen bearbeitet und mündete in einer Studie von 20 Seiten. Diese Studie präsentierten vier Studentinnen Jana Dehne, Nicole Ebber, Andrea van den Hoogen

und Monika Flocke auf der Jahrestagung der deutschen SCIP Chapter Frankfurt & München 2005 im Kloster Andechs vor Fachpublikum. Die Jury setzte sich aus CI Spezialisten, Hochschullehrern und Fachleuten aus der Industrie zusammen.

Als »Competitive Intelligence« (CI) wird einerseits der systematische Prozess der Informationserhebung und -analyse bezeichnet, durch den aus fragmentierten (Roh-) Informationen über Märkte, Wettbewerber und Technologien den entscheidenden Personen ein plastisches Verständnis über ihr Unternehmensumfeld geliefert wird. CI-Themen sind dabei meist zukunftsorientierte Aussagen zu Wettbewerberpositionierungen, -absichten und -strategien. Andererseits ist „Intelligence“ das Endresultat des Prozesses: das benötigte Wissen über Markt und Wettbewerb. Insbesondere werden Aussagen über die erwarteten Auswirkungen für das eigene Unternehmen und darauf basierende Handlungsempfehlungen getroffen.

Petra Schmidt-Bentum

Maschinenbaustudium in Emden auf Platz 1 in Niedersachsen

In der turnusgemäß stattfindenden Bewertung von 132 Universitäten und 148 Fachhochschulen im ganzen Bundesgebiet durch das Centrum für Hochschulentwicklung (CHE) erreichte der Studiengang Produktentwicklung und Design an der Fachhochschule Oldenburg/Ostfriesland/Wilhelmshaven am Standort Emden mit der Gesamtnote 1,4 den 1. Platz in Niedersachsen in der Kategorie Maschinenbau (FH), bundesweit den 9. Platz. Insgesamt sind in diese Studie Bewertungen von 210.000 Studenten und 21.000 Profes-

soren eingegangen. Bewertet wurden: Fachstudienberatung, Betreuung durch Lehrende, Kontakt zu den Lehrenden, Kontakt zu Studierenden, Lehrangebot, Studienorganisation, Praxisbezug, E-Learning, Bibliotheksausstattung, Räume, Laborausstattung, Ausstattung der Arbeitsplätze, PC-Ausstattung, Ausstattung mit audiovisuellen Medien, Arbeitsmarktbezug. Für den Studiengang Produktentwicklung und Design wurde vor allen Dingen positiv herausgestellt, dass bei einer Regelstudienzeit von 8 Semestern die durchschnittliche Studienzeit 8,3 Semester beträgt (der bundesweite Durchschnitt liegt bei 11–12 Semestern).

Die Professoren der Abteilung Maschinenbau an der FH OOW sehen sich bestätigt, den richtigen Weg nach der Fusionierung im Jahr 2000 eingeschlagen zu haben. Der Auftrag an die Fachbereiche zur Straffung des Angebotes wurde angenommen, das Angebot an Studiengängen überdacht und an den Bedarf der Industrie angepasst. So entstanden der Diplomstudiengang Produktentwicklung und Design und der Masterstudiengang Technical Management. Diese Studiengänge erhalten aufgrund der sehr guten Erfolgsaussichten in der Industrie großen Zulauf durch Studenten sowie große Aufmerksamkeit aus der Industrie. Nicht zuletzt der sehr hohe Frauenanteil von 20% zeigt den innovativen Charakter dieses doch sonst von Männern dominierten technischen Studienganges des Maschinenbaus.

Der ab dem Wintersemester 2004/2005 neu angebotene Bachelorstudiengang Maschinenbau und Design ist die Fortsetzung dieses erfolgreichen Konzeptes.

Torsten Steffen

DAAD: Erfahrungen aus Kiel über Praktika in Europa

Christine Boudin, Leiterin des International Office der Fachhochschule Kiel, war vom Deutschen Akademischen Austauschdienst eingeladen worden, auf

der in diesem Monat in Bonn veranstalteten 10. Sokrates-/Erasmus-Jahrestagung über ihre Erfahrungen mit dem EU-Praktikantenprogramm Leonardo da Vinci zu berichten. Die Fachhochschule Kiel ist in der Projektrunde 2005 des EU-Programms unter bundesweit 23 Hochschulen als einzige Hochschule aus Schleswig-Holstein beteiligt.

Dank des EU-Zuschusses in Höhe von 125.000 Euro stehen der Kieler Hochschule für die nächsten zwei Jahre zusätzlich zu den 25 Praktikumsplätzen des laufenden Programms 59 Stipendien für Praktika in Unternehmen in ganz Europa zur Verfügung. Die Fachhochschule Kiel kooperiert bei der Umsetzung mit elf Partnerhochschulen aus dem europäischen Ausland, mit 28 Unternehmen aus EU-Mitgliedsstaaten und der Türkei sowie mit verschiedenen Institutionen, z.B. der Industrie- und Handelskammer zu Kiel.

Die Nachfrage nach Praktika im Ausland ist groß. Einen Schwerpunkt bilden die Kooperationen mit Unternehmen in Spanien und in den Ostseeanrainerstaaten. Erstmals stehen auch Stipendien für ausländische Studierende zur Verfügung, die ein Praktikum in einem schleswig-holsteinischen Unternehmen absolvieren. Damit sollen die Kooperationen mit regionalen Wirtschaftsunternehmen und Unternehmen in den Ostseeanrainerstaaten intensiviert werden. Im Rahmen des Projekts werden Studierendenpraktika mit einer Dauer von drei bis maximal zwölf Monaten vermittelt. Die Studierenden erhalten einen Zuschuss von durchschnittlich 350 € monatlich, Reisekosten, einen Zuschuss zum Sprachkurs und in der Regel ein Praktikantenentgelt.

Klaus Nilius

Neuer Forschungsbericht der FH Frankfurt

Im neuen Forschungsbericht werden insgesamt 60 Forschungs-, Entwicklungs- und Transferprojekte vorgestellt. Das eingeworbene Drittmittelvolumen der Projekte im Berichtszeitraum 2002 bis 2004 betrug etwa 6,3 Millionen Euro. Rund 44 Prozent der Projekte wurden mit der Wirtschaft durchgeführt. Auftraggeber der Drittmittelprojekte waren mit etwa 31 Prozent kleine und mittelständische Unternehmen und mit 16,2 Prozent Länder und Kommunen. 13,2 Prozent der Aufträge wurden aus öffentlichen Förderprogrammen, 19 von Stiftungen, Verbänden sowie Vereinen gefördert. Großunternehmen waren mit 13,2 Prozent vertreten.

Die Forschungsprojekte stammen überwiegend aus dem Bereich soziale Arbeit und Gesundheit (45,6 Prozent). Noch deutlicher wird die Dominanz des Fachbereichs Soziale Arbeit und Gesundheit bei Betrachtung des Drittmittelumsatzes von über drei Millionen Euro. An zweiter Stelle stehen die Ingenieurwissenschaften mit 36,8 Prozent und einem Drittmittelumsatz von rund 1,7 Millionen Euro.

Gaby Rauner

AUTOREN GESUCHT!

2/2006

Ausbau der Fachhochschulen

(Neue Studiengänge in neuen Fächern wie bspw. Ergotherapie, Physiotherapie, Pflegedienstleitung, Dentaltechnologie; Flight Engineering (Ausbildung als Pilot und zugleich Ingenieur) o.a.

Schicken Sie uns Ihre Beiträge, Informationen und Meinungen!

Kontaktadresse:
Prof. Dr. Dorit Loos
d.loos@t-online.de

Redaktionsschluss ist der
3. März 2006

Denken im Anwendungskontext – Advance Organizer



Falko E. P. Wilms

Prof. Dr. rer. pol.
Falko E. P. Wilms
Fachhochschule Vorarlberg
GmbH
Hochschulstr. 1,
A – 6850 Dornbirn
Email: falko.wilms@fhv.at

In den Lehrangeboten von Hochschulen sollen sich die Teilnehmer den Fachinhalt aneignen und in die Lage versetzt werden, die Folgen der eigenen Entscheidungen im Anwendungskontext ihres Arbeitsalltages eigenständig abzuschätzen.

Die traditionelle Funktionsorientierung der allermeisten betriebswirtschaftlichen Aus- und Weiterbildungen ist hierfür denkbar ungeeignet, denn sie orientiert sich viel zu wenig am Wirkungsgefüge einer (marktfähigen) Organisation, das den Anwendungskontext zeigen und als allgemeine kognitive Grundorientierung des anzueignenden Fachinhaltes dienen kann. Das abteilungsübergreifende, interdisziplinäre Arbeiten in Teams wird ebenfalls kaum gefördert, wodurch insbesondere hinsichtlich des Verständnisses von Führung und Zusammenarbeit eine sehr eingeschränkte Sicht eingenommen wird.

Organisationshilfe für Lernprozesse

Ein bewusst erstellter Advance Organizer überwindet diese Barrieren. Als so genannte „Lernlandkarte“ stellt der Advance Organizer eine der eigentlichen Stofferarbeitung vorausgehende Lernhilfe dar.¹⁾ Es geht dabei um eine strukturierte Visualisierung der Lerninhalte im Sinne einer nichtlinearen Didaktik, die eine wesentliche Voraussetzung für selbst organisierte Lernprozesse ist.

Die Grundidee besteht darin, den Studierenden eine dem eigentlichen Lernprozess vorausgehende Lern- und Organisationshilfe zu bieten, die wesentliche

Hilfestellungen für selbst organisierte Lernprozesse leistet. Das gilt insbesondere für Phasen des Selbststudiums und für Phasen der Kleingruppenarbeit. Der Einsatz solcher Lernlandkarten als Advance Organizer leistet in akademisch geprägten Trainings und Seminaren ebenso wertvolle Hilfestellungen wie in Workshops außerhalb der Hochschule: Sie hilft den Teilnehmern, neues Wissen in die eigene gedankliche Struktur des Teilnehmers zu integrieren, sie lässt die Lernleistungen der Teilnehmer messbar steigen und sie bietet ein stabiles, kohärentes gedankliches Gerüst, das gegen Vergessen sehr resistent ist und dazu die Anwendung des neu erworbenen Wissens auf unbekannte Probleme messbar erhöht.²⁾

Diese lernfördernden Eigenschaften einer Lernlandkarte wirken insbesondere, wenn sie die Lerninhalte anhand eines strukturiert dargestellten Anwendungskontextes präsentiert, ohne dabei auf Details einzugehen, und wenn sie sich bewusst auf einzelne Sinnzusammenhänge und Vernetzungen bedeutsamer Schlüsselfaktoren des Anwendungskontextes beschränkt.

Lernlandkarte zu „Das Unternehmen“

Eine Lernlandkarte zur Thematik „Unternehmen“ fördert die Fähigkeiten von Studierenden, die Folgewirkungen eigener Handlungen und Entscheidungen im unternehmerischen Kontext zu erkennen. Dazu sollte die in der Lehrvorbereitung erstellte Lernlandkarte die bisher im Studium erworbenen Kenntnisse integrativ in einer strukturierten Weise zusammenfassend abbilden. Der-

In akademischen Lehrangeboten sollten erarbeitete Erkenntnisse in einen Gesamtzusammenhang eingebettet werden, weil sich der Sinn einzelner Erkenntnisse erst durch ihre Umsetzung in einem bestimmten Anwendungskontext entfaltet.

gestalt bietet sie eine Orientierung für verschiedenste Fachinhalte und zeigt deren Wechselwirkungen untereinander und zum Ganzen auf. Ein Beispiel für eine betriebswirtschaftliche Lernlandkarte bietet das neue St. Galler Management-Modell, das auf einer einzigen Abbildung basiert und in einer Kurzfassung³⁾ mit 108 Seiten sowie in einer Langfassung⁴⁾ mit 1836 Seiten vorliegt und der betriebswirtschaftlichen Aus- und Weiterbildung z.B. in der Bachelor-Stufe und im Unternehmerseminar für obere Führungskräfte dient.

In allen Lehrangeboten ist es von besonderer Bedeutung, den Lernenden ausreichend Gelegenheit zu geben, ihre individuellen Vorkenntnisse in den Advance Organizer zu integrieren. Die fachliche Tiefe der kognitiven Durchdringung der Thematik/Problematik wird im Zeitablauf durch die intensive Beschäftigung mit einzelnen Komponenten in der Problemstruktur erreicht. Eine abschließend dargelegte fachliche Systematik rundet dann ein Lehr-/Lern-Modul ab.

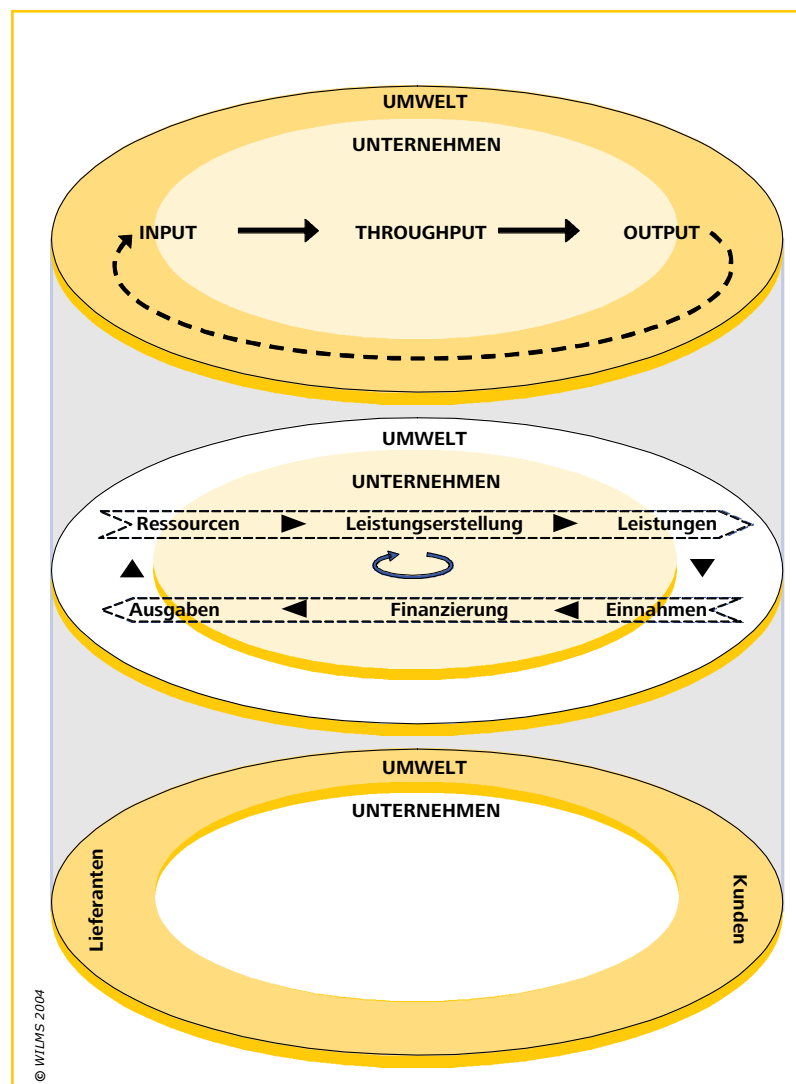
Beispielhafte Umsetzung

In verschiedensten akademischen Weiterbildungsangeboten innerhalb und außerhalb der Hochschule hat der Autor gute Erfahrungen gemacht mit dem Einsatz einer grundlegenden betriebswirtschaftlichen Lernlandkarte, die Aspekte der verhaltensorientierten,⁵⁾ der entscheidungsorientierten,⁶⁾ der ökologieorientierten⁷⁾ und der finanziellen⁸⁾ Betriebswirtschaftslehre aufnimmt und in einen Gesamtzusammenhang stellt, der je nach Themengebiet und Teilnehmer angepasst werden kann.

Der Einsatz dieser Lernlandkarte könnte in einem Workshop mit finanziellem Schwerpunkt so eingesetzt werden, dass zunächst im Plenum die Lernlandkarte als Anwendungskontext aller im Workshop behandelnden Themen vorgestellt wird und jeder Teilnehmer einen DIN A 3 Ausdruck der Lernlandkarte mit der Bitte erhält, diese Abbildung für

sich selbst individuell zu verbessern. Danach wird in die zu behandelnde Thematik/Problematik mit einem kurzen(!) Impulsreferat überblicksartig und bewusst unvollständig eingeführt und bedeutsame Aspekte der Thematik/Problematik herausgearbeitet. Anschließend wird in Kleingruppen jeweils ein Aspekt andiskutiert, nach Optimierung

Abbildung: Grundlegende Lernlandkarte⁹⁾



gen der Ist-Situation gesucht und mögliche Ansprechpartner schriftlich fixiert. (Diese Phase kann auch durch selbst organisierte Lernphasen geprägt sein.) Die erarbeiteten Resultate werden dann im Plenum dargelegt, reflektiert und gegen kritische Einwände verteidigt. In der Präsentation der Resultate wird jeder Vorschlag einer Maßnahme auf den in der Lernlandkarte gezeigten Anwendungskontext bezogen. Erwartbare Konsequenzen und Erfolgsaussichten werden dadurch plausibel und sofort abschätzbar.

Genau hier leistet die in Abb. 1 gezeigte Lernlandkarte mit drei verschiedenen Aggregationsebenen sehr gute Dienste. Eine Betrachtungsebene ist an die systemtheoretische Begrifflichkeit angelehnt und unterscheidet das Unternehmen von ihrer für sie relevanten Umwelt, mit der sie (z.B. durch die Logistik) verbunden ist. Die Unternehmung benötigt definierten *Input*, der in einem geplanten, gezielt durchgeführten und überwachten *Throughput* zu *Output* transformiert. Eine andere Betrachtungsebene fokussiert den Grundkreislauf der finanziellen Mittel, dessen Funktionstüchtigkeit das ökonomische Überleben einer Organisation(seinheit) maßgeblich prägt. Die Grundfragen dazu lauten: *Was benötigt meine Organisation(seinheit) wann, zu welchem Preis und von wem? Sowie: Wer tauscht wann, was und zu welchem Preis von meiner Organisation(seinheit)?* Unter Preis ist hierbei die in Währungseinheiten ausgedrückte Zahlung zu verstehen, die ein (interner/externer) Kunde zu einem bestimmten Zeitpunkt für eine angebotene Leistung einzutauschen bereit ist. Diese Ebene verwendet eine betriebswirtschaftliche Begrifflichkeit. Die letzte Betrachtungsebene fokussiert die für das Unternehmen bedeutsame Umwelt, die zumindest aus Zulieferern und Kunden besteht. Die Begrifflichkeit lässt bewusst zunächst offen, inwieweit es sich um interne oder externe Kontakte handelt und kann jederzeit ergänzt werden (z.B. um Staat, Giftmülldeponien, Geldgeber ...).

Vielfältige Einsetzbarkeit

Eine grundlegende Lernlandkarte kann in einem verhaltensorientierten Workshop eingesetzt werden, um z.B. Auswirkungen des jetzigen Fehlverhaltens auf die eigene Organisation(seinheit) zu beziehen. In einem entscheidungsorientierten Workshop könnte eine variierte Lernlandkarte z.B. eingesetzt werden, um Verantwortliche zu identifizieren, die in bestimmte Entscheidungsprozesse zu integrieren sind. In einem Workshop mit Aspekten der ökologieorientierten Betriebswirtschaft ist eine modifizierte Lernlandkarte einsetzbar, um z.B. Aspekte der bislang nicht vermiedenen Nebenprodukte (betriebswirtschaftlich „Kuppelprodukte“ genannt) wie Gifte, Müll und Reststoffe und deren Aufnahme durch die natürliche Umwelt zu behandeln. In einem finanzorientierten Workshop schließlich könnte eine daraufhin verfeinerte Lernlandkarte dazu verwendet werden, erarbeitete Erkenntnisse schwerpunktartig auf die Beschaffung von Ressourcen (= Mittel zur Zielerreichung), auf die interne Leistungserstellung, auf die angebotenen Leistungen, auf die erzielten Einnahmen, auf die Finanzierung und auf die zu tätigen Ausgaben zu beziehen.

Es zeigt sich somit, dass in akademischen Lehrangeboten (hier: Denken und Entscheiden mit betriebswirtschaftlichen Kriterien und Dimensionen) mit einer grundlegenden Lernlandkarte die erarbeiteten (und z.B. in Bakk-Arbeiten dokumentierten) Erkenntnisse mit einer durchgehenden Begrifflichkeit in einen Anwendungskontext eingebettet werden kann.

Fazit

In akademischen Lehrangeboten leisten Advance Organizer sehr gute Dienste und helfen den Teilnehmern, im Arbeitsalltag die Folgen ihrer eigenen Entscheidungen im Anwendungskontext der Organisation abzuschätzen. Für

den Hochschullehrer ist es vorteilhaft, eine grundlegende Lernlandkarte für einen übergeordneten Lehrbereich zu erstellen, die er angebotsorientiert variieren und themenspezifisch verfeinern kann. Der Einsatz einer Lernlandkarte ist in Trainings, Seminaren ebenso möglich wie Workshops und ermöglicht dazu eine sinnvolle Einbindung der neuen Bakk-Arbeiten. ■

Literatur:

- Baum, H. G. u. a. : Betriebliche Umweltökonomie in Fällen, Bd.2, München/Wien 2001
 Coenenberg A., G. u. a. Kostenrechnung und Kostenanalyse Stuttgart 2003
 Dubs/Euler/Rüegg-Stürm/Wyss (Hrsg.): Einführung in die Managementlehre, 5 Bände., Bern u. a. 2004
 Franken, S.: Verhaltensorientierte Führung, Wiesbaden 2004
 Preißler, P. R.: Entscheidungsorientierte Kosten- und Leistungsrechnung München/Wien 2004
 Rüegg-Stürm, J.: Das neue St. Galler Management-Modell, Bern u. a. 2003
 Wilms, F. E. P.: Verantwortlich handeln, ökonomisch denken, in: SOCIALmanagement 2/03, S. 21 – 23.

Internet:

- <http://www.sol-mlf.de/sol/organizer.htm>
 (Download 06.09.05)
<http://www.seminar-albstadt.de/bereiche/mnkwzgwagitgrel/mnk/mnkmatao.htm>
 (Download 06.09.05)
 1) <http://www.sol-mlf.de/sol/organizer.htm>
 (Download 06.09.05)
 2) <http://www.seminar-albstadt.de/bereiche/mnkwzgwagitgrel/mnk/mnkmatao.htm>
 (Download 06.09.05)
 3) Rüegg-Stürm, J.: Das neue St. Galler Management-Modell, Bern u. a. 2003
 4) Dubs/Euler/Rüegg-Stürm/Wyss (Hrsg.): Einführung in die Managementlehre, 5 Bände., Bern u. a. 2004
 5) z.B. Franken, S.: Verhaltensorientierte Führung, Wiesbaden 2004
 6) z.B. Preißler, P. R.: Entscheidungsorientierte Kosten- und Leistungsrechnung München/Wien 2004
 7) z.B. Baum, H. G. u. a. : Betriebliche Umweltökonomie in Fällen, Bd.2, München/Wien 2001
 8) z.B. Coenenberg A., G. u. a. Kostenrechnung und Kostenanalyse Stuttgart 2003
 9) Ein Vorläufer dieser Lernlandkarte ist zu finden unter Wilms, F. E. P.: Verantwortlich handeln, ökonomisch denken, in: SOCIALmanagement 2/03, S. 21 – 23.

Planspieleinsatz in der Lehre an Fachhochschulen

**Die Vermittlung betriebswirtschaftlicher Grundlagen und
spezieller unternehmerischer Handlungsstrategien**

hlb-Workshop in Kooperation mit TERTIA und BTI

30. März 2006

11.00 Uhr - 17.00 Uhr

Wissenschaftszentrum Bonn, Ahrstr. 45, 53175 Bonn

11.00 Uhr Begrüßung und Einführung
*Prof. Friedrich Büg), Vizepräsident
des Hochschullehrerbundes hlb*

**11.30 Uhr Grundlagen und Einsatzmöglich-
keiten von Brett-Planspielen**
*Prof. Dr. Ottmar Schneck ,
Michael Gebel, Geschäftsführer
Business Tools for Innovation
Management Consulting GmbH*

- einzelne Unternehmensvorgänge
(Grundlagen der BWL, Kosten-
und Leistungsrechnung,
Marketing, Controlling)
- strategisches Management
- Simulation von Wettbewerb
- Unternehmensgründung

13.00 Uhr Mittagspause

**14.00 Uhr Praxisbezug durch den Einsatz von
TOPSIM-Planspielen in Bachelor-
und Masterstudiengängen**
*Dr. Georg Fehling, Geschäftsführer
TERTIA Edusoft GmbH*

- Internationalisierung
- Spracherwerb
- Leistungspunkte und workload

**15.00 Uhr: Vernetztes Denken und Handeln
im Management mit Gamma**
*Dr. Georg Fehling, Geschäftsführer
TERTIA Edusoft GmbH*

15.30 Uhr: Kaffeepause

**16.00 Uhr: Ausblick: Perspektiven des
Planspiel-Einsatzes**

- Präsentation von Test- und
Demoversionen
- Weiterbildung
- Internetversionen
- Fernlehrplanspiele

Moderation: Prof. Friedrich Büg

16.45 Uhr: Schlusswort

17.00 Uhr Ende der Veranstaltung

Für die Seminarteilnehmer besteht umfassen-
de Gelegenheit, Erfahrungen und individuelle
Fragestellungen einzubringen.

Planspieleinsatz im Bologna-Prozess

War der Planspieleinsatz „früher“ in den meisten Fällen der Initiative einzelner Professoren oder Fachbereiche verdankt, wird heute eine systematische Neuordnung des Studiums und der entsprechenden Methoden gefordert.

Kreditpunkte und Prüfungen

Das Hochschulstudium erhält durch das ECTS eine neue Stringenz. Aus Sicht der Studierenden wertvolle Studienbestandteile müssen daher mit Credits belegt werden. In der Vergangenheit wurden in den meisten uns bekannten Fällen keine differenzierten Leistungsnachweise bei Planspielen ausgestellt. Planspiele wurden in vielen Fällen als zusätzliche Veranstaltungen oder im Rahmen des Pflichtwahlstudiums angeboten und dienten überwiegend der Vernetzung einzelner, vorher in der Lehre vermittelter Inhalte wie bspw. Marketing, Kosten- und Leistungsrechnung, Finanzierung und Investition, externes Rechnungswesen aber auch der Abrunden der Qualifikation in bei methodischen und sozialen Fähigkeiten. Eine Überprüfung von betriebswirtschaftlichem Zusammenhangswissen in Form einer geeigneten Prüfungsleistung ist prinzipiell nicht schwierig, erfordert aber einen Klausurstil mit relativ offenen Fragen. Ein solcher Klausur-

urstil wird aber nicht überall gerne gepflegt, bspw. auch aus Gründen der Rechtssicherheit. Für die feste Verankerung von Planspielen in der Lehre muss daher die Prüfungsfestigkeit von Planspielen erhöht werden. TERTIA Edusoft GmbH ist derzeit dabei, eine Sammlung von planspielnahen Klausuren aus einem Netzwerk von Professorinnen und Professoren der Fachhochschulen (und anderer Hochschularten) zusammenzustellen.

Modularisierung und Standardisierung

Eine konsequente Modularisierung birgt unter Umständen die Gefahr, die Zusammenhänge zwischen den Modulen zu vernachlässigen. Um diesem Nachteil zu begegnen, setzen einige Hochschulen im Bachelor- und Masterstudium (bzw. Grund- und Hauptstudium) auf ein verpflichtendes, standardisiertes Unternehmensplanspiel. Der Einsatz eines Standard-Planspieles allein (bspw. der an den Fachhochschulen am weitesten verbreiteten TOPSIM-Planspielfamilie) bedeutet dabei noch nicht Standardisierung, unterstützt diese aber wirkungsvoll. TERTIA Edusoft überlegt seit einiger Zeit, zu den in den verbreitetsten Planspielen gegebenen zentralen Themen strukturierte Handreichungen zur Verfügung zu stellen, wie es im Bologna-Prozess teilweise gefordert wird.

Aber, ein gutes Planspiel ist gerade dadurch leistungsfähig, dass nicht vorhersagbare Themen und überraschende Effekte auftreten und so eine gerade auch von Teilnehmern oft sehr gelobte Praxisnähe auftritt („Entscheidungen unter Unsicherheit“).

Planspiele außerhalb des BWL-Studiums

Planspiele stellen in der Regel keine hohen und niemals formale Eingangsvoraussetzungen, sind daher im Bereich der Propädeutik genauso einsetzbar wie in Masterstudiengängen, für Kaufleute genauso wie für Naturwissenschaftler, Ingenieure oder Geisteswissenschaftler. Die künftig verstärkt interdisziplinär angelegten Studiengänge können daher mit Planspielen sehr wirkungsvoll unterstützt werden. Eine weitere Forderung ist die Virtualisierung von Lehre. Die Schaffung von Fernstudienangeboten ist in der „normalen“ Weiterbildung der Industrie auch mit Hilfe von Planspielen schon lange üblich. Erste Fachhochschulen beginnen damit, Planspiel(lehr)angebote auch über Internet zu gestalten. Planspiele der Zukunft müssen daher eine flexible Architektur haben und typische Blended-Learning-Settings unterstützen.

TERTIA

...NEU...

TOPSIM-Planspiele

TOPSIM - Project Management ist eine Projektsimulation zur Vermittlung und Übung von grundlegenden Methoden des Projektmanagements. Im Planspiel werden Methoden der Projektstrukturierung (PSP'e), der Zeitplanung, insbesondere der Netzplantechnik, Kosten- und Finanzplanung, Ressourcen- und Kapazitätsplanung sowie der Projektsteuerung eingesetzt.

TOPSIM - Change Management simuliert das Management eines geplanten Veränderungsprozesses in einer Organisation. Dabei werden "harte" und "weiche" Faktoren abgebildet. Das Profil der einzelnen Mitarbeiter ist in der Simulation hinterlegt. Die Anforderung für die Teilnehmer besteht darin, Organisations- und Verhaltensänderungen gleichzeitig unter Zeitdruck und ökonomischer Zielsetzung zu managen.

Beide neuen TOPSIM - Planspiele wurden zusammen mit Anwendern aus der Industrie entwickelt.



Learning business
by doing business

Unsere Kompetenzen

- Standard-Planspiele für verschiedene Branchen & Zielgruppen
- Kundenspezifische Simulationen
- Internet-Fernplanspiele
- Training und Seminare
- Vernetztes Denken



TERTIA Edusoft GmbH

Neckarhalde 55 · 72070 Tübingen
 Postfach 2671 · 72016 Tübingen
 Tel.: 0 70 71 - 79 42-0 · Fax: 0 70 71 - 79 42-29
 E-Mail: info@topsim.com · www.topsim.com

Brettplanspiele

Unternehmensplanspiele bieten eine Plattform, auf der die Auswirkungen unternehmerischer Entscheidungen simuliert werden. Vom Management können Korrekturen und Strategieanpassungen vorgenommen werden, um so eine Verbesserung der erzielten Ergebnisse zu erreichen. Die Studierenden sollen die Vernetzung einzelner Unternehmensbereiche sowie deren Bedeutung erkennen. Sie erleben in diesen Simulationen, welche Auswirkungen Ihre Entscheidungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage von Unternehmen haben. Sie erfahren die Zusammenhänge zwischen unternehmerischem Handeln und dem, was sich im Jahresabschluss – Gewinn- und Verlustrechnung sowie Bilanz – und den daraus abgeleiteten betriebswirtschaftlichen Kennzahlen niederschlägt.

Haptische Simulationen

Elementarer Bestandteil der Brettplanspiele ist ein Spielbrett wie man es etwa aus Gesellschaftsspielen wie „Monopoly“ oder „Mensch ärgere dich nicht“ kennt. Mit diesem Spielbrett und weiteren spieltechnischen Hilfsmitteln können auf sehr anschauliche Art und Weise Wert-, Geld- und Warenflüsse im Unternehmen dargestellt werden. Daher führen die Brettspiele mit ihrem hohen Erlebniswert durch das „Be-Greifen“ von Pro-

zessen und Zusammenhängen zu nachhaltigem Lernen. Der Gesellschaftsspiel-Charakter à la Monopoly führt darüber hinaus zu einer verstärkten Kommunikation im Team, die so eine positive Lernatmosphäre schafft.

Das Planspiel Factory™ aus dem Hause BTI genügt den hohen Anforderungen an deterministische Planspiele. Dieses haptische Unternehmensplanspiel eignet sich ausgezeichnet für angeleitete Arbeiten in kleinen Gruppen, ohne dabei eine gemeinsame Linie des gesamten Kurses (ca. 25 Studierende in 5–7 Gruppen) aufgeben zu müssen.

Einsatzmöglichkeiten

Im Unterschied zu vielen anderen Unternehmensspielen, handelt es sich bei Factory™ um ein methodisches Hilfsmittel mit dem in kurzer Zeit, realitätsnah, mit nur kurzer Einarbeitungszeit für den Spielleiter und mit hoher Durchführungsstabilität die Vermittlung grundsätzlicher betriebswirtschaftlicher Zusammenhänge geleistet wird.

Im Rahmen der Hochschullausbildung kann Factory™ variabel eingesetzt werden:

- Factory™ eignet sich hervorragend am Ende einer Einführung in betriebswirtschaftliche Grundlagen. Man kann als Lehrender mit Hilfe dieses Planspiels die

eher unzusammenhängenden Wissensvorräte der Studierenden in einen verständlichen Zusammenhang bringen.

- Factory™ kann als Einstieg in das Thema Betriebswirtschaft gespielt werden, sozusagen als „betriebswirtschaftlicher Crash-Kurs“.
- Factory™ kann als weitere Einsatzmöglichkeit dieses Spiels als Ausgangsbasis für punktuelle Vertiefungen herangezogen. Dabei kann Factory™ als Basis für Fragen der Versorgungslogistik, zur Verdeutlichung von Rationalisierungsinvestitionen, als Ausgangspunkt für Diskussionen über die Lagerhaltung und punktuell als Verständnishilfe im Rechnungswesen gesetzt werden.

Durch seine starke Vereinfachung und gelungene Visualisierung komplexer Prozesse, passt das Factory™-Modell zu nahezu allen Betrieben der gewerblichen Wirtschaft und eignet sich so hervorragend als Instrument um das Wesen eines Unternehmens zu erklären und zu vereinfachen. Durch die Optik des Spielfeldes werden die Teilnehmer in eine andere Sphäre entführt und in Diskussionen werden Meinungen unter Zuhilfenahme des Spieles erläutert.

BTI

Learning with Fun!

BTI – Simulationen & Planspiele

BTI bietet ein umfangreiches Simulations- und Planspielangebot für viele Branchen, die die Interaktion der Teilnehmer fordert und fördert.

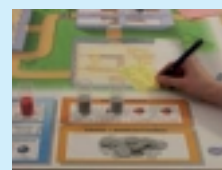
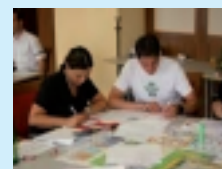
BTI Simulationen ...

- ... garantieren einen hohen Lerntransfer
- ... machen Spaß
- ... sind leicht vorzubereiten und einfach durchzuführen
- ... gibt es zu folgenden Themen:
 - Betriebswirtschaft
 - Projektmanagement
 - Prozessverständnis
 - Unternehmerisches Denken und Handeln
 - Teamentwicklung und Führungsverhalten
 - Qualitäts- und Prozessmanagement
 - Logistik
- ... sind in vielen Sprachen verfügbar.

Lernen Sie unser Angebot kennen und besuchen Sie unsere Planspieltage. Die aktuellen Veranstaltungsdaten finden Sie auf unserer Internetseite www.bti-online.com.



BTI
Tools for Success!



BTI GmbH
Mettinger Str. 26
73728 Esslingen
0711-664637 0
0711-664637 99
info@bti-online.com
www.bti-online.com

BMBF fördert Hochschullehre durch Multimedia

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) unterstützt die Hochschulen beim Aufbau nachhaltiger Strukturen für den Einsatz von Multimedia. Für die Einrichtung von eLearning Servicestellen und den Ausbau ihrer Dienste an 20 Hochschulen werden in diesem Jahr 25 Millionen Euro bereit gestellt, teilte das Ministerium am Montag in Berlin mit. In 15 weiteren hochschulübergreifenden Projekten sollen 15 Millionen Euro für meist fachgebietsspezifische Service-Instanzen investiert werden.

Mit den neuen Informations- und Kommunikationstechnologien sollen Hochschullehre und „-management modernisiert werden. Die vom BMBF geförderten Projekte sollen Multimedia organisatorisch in den Hochschulen verankern. Die geförderten Hochschulen bringen eigene Mittel ein und sichern den dauerhaften Betrieb der neu gegründeten oder ausgebauten Instanzen. Die Projekte sind Teil des vom BMBF im Jahr 2000 gestarteten Förderprogramms „Neue Medien in der Bildung“, für das bisher über 220 Millionen Euro bereit gestellt wurden.

Zu den 20 geförderten Hochschulen gehören unter anderen die Fachhochschule für Technik und Wirtschaft Berlin sowie die Fachhochschule Osnabrück.

BMBF

Erstmals mehr Studienanfängerinnen an den Hochschulen

Nach der Langzeitstudie „Frauen im Studium“, durchgeführt seit 1983 von der soziologischen Fakultät der Universität Konstanz im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF), ist der Anteil der weiblichen Studienanfängerinnen erstmals höher als der Anteil der Männer. Im Wintersemester 2003/2004 stieg der

Anteil der Studienanfängerinnen auf rund 50 Prozent. Die Untersuchung, bei der 33.000 Studentinnen befragt wurden, ergab weiterhin, dass weibliche Studierende ihr Studium effizienter als ihre männlichen Kommilitonen anlegen. Daraus folgen eine niedrigere Abbruchquote und ein schnelleres Studium.

Die gegenwärtigen Reformen des deutschen Hochschulsystems beurteilen die weiblichen Studierenden in der Langzeitstudie positiver als die männlichen Studierenden. So ist die Akzeptanz der neuen Bachelor- und Master-Studiengänge bei den Studentinnen höher.

Studentinnen fordern einen größeren Praxisbezug an der Universität, gute Betreuung und eine bessere Vermittlung für den Arbeitsmarkt. Diese Wünsche werden von den Frauen häufiger als von Männern geäußert, so die Langzeitstudie. Die Gründe für die Aufnahme eines Studiums haben sich zwischen Studentinnen und Studenten in den letzten Jahren angepasst. Studentinnen und Studenten erhoffen sich gleichermaßen eine gute fachliche und wissenschaftliche Hochschulausbildung, die später bessere Berufschancen eröffnet. Der Anteil derjenigen, die durch ihren Hochschulabschluss zu gesellschaftlichen Verbesserungen beitragen möchten, ist jedoch bei den weiblichen Studentinnen höher.

Neben den erfreulichen Entwicklungen weist die Studie jedoch auf weiterhin bestehende Probleme für weibliche Studierende hin. So ist die Fachwahl der Studentinnen nach wie vor traditionell geprägt. Der Anteil der Studentinnen in den Geisteswissenschaften bleibt sehr hoch, wohingegen die Studentinnen-Quote in einzelnen natur- und ingenieurwissenschaftlichen Studiengängen bei 20 Prozent stagniert.

Nachholbedarf weist die Studie bezüglich der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses auf. Zwar formulieren Studentinnen und Studenten genau so häufig das Ziel, nach dem Studium promovieren zu wollen, doch lediglich 38 Prozent der Frauen erhalten daraufhin auch die Möglichkeit zu einer Promotion. Gründe dafür scheinen, so die Konstanzer Studie, die seltenere Tätigkeit als studentische Hilfskraft oder Tutorin, die zukünftigen Arbeitsbedingungen an den Hochschulen sowie die noch nicht ausreichende Unterstützung durch die Professorinnen und Professoren zu sein.

Insgesamt schätzen Frauen auch ihre Berufschancen nach dem Studium erheblich schlechter als Studenten ein. Studentinnen mit Kindern haben es nach eigenen Angaben deutlich schwerer im Studium.

BMBF

Studierneigung bleibt bei 71 Prozent stabil

Das Interesse von Schulabsolventen am Hochschulstudium bleibt in Deutschland stabil. Nach einer aktuellen Studie des Hochschul-Information-Systems (HIS) im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) wollen etwa 71 Prozent aller Berechtigten auch ein Studium aufnehmen. Im vergangenen Jahr lag der Anteil bei 70 Prozent. Damit konsolidiert sich die Studierneigung nach dem starken Einbruch in den neunziger Jahren auf damals nur 66 Prozent.

Für die aktuelle Studie befragte die HIS Studienberechtigte erstmals sechs Monate vor dem Schulabschluss. So soll die Nachfrage nach Studienplätzen frühzeitig ermittelt werden. Dabei gaben 62 Prozent an, dass sie sicher oder sehr wahrscheinlich ein Studium aufnehmen werden. Weitere 9 Prozent wollten eventuell studieren. 29 Prozent der Befragten schlossen für sich ein Studium aus. Die Erhebung soll mit einer zweiten Befragung ein halbes Jahr nach

Schulabschluss ergänzt werden. Deren Daten werden im Frühsommer 2006 erwartet.

Nach jetzigem Stand ist die Studierneigung von Männern und Frauen praktisch gleich (71 zu 72%). Deutlich höher liegt sie bei Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund und erreicht 76 Prozent. Beim Studieninteresse gibt es zwar zwischen alten und neuen Bundesländern (71 zu 72%) fast keinen Unterschied. Allerdings weichen die Zahlen einzelner Bundesländer deutlich voneinander ab. Die höchste Studierneigung zeigen die Studienberechtigten in Sachsen-Anhalt (84 Prozent), Bremen (81%) und Bayern (78%). Das geringste Interesse wurde in Thüringen ermittelt (59%).

Bei den beliebtesten Studienfächern liegen die Wirtschaftswissenschaften und Lehramt mit jeweils 8 Prozent weiter vorn. Es folgen Medizin und Maschinenbau mit jeweils 5 Prozent. Dabei zeigen unverändert mehr Männer als Frauen Interesse an ingenieur- und naturwissenschaftlichen Studiengängen (Maschinenbau 9% zu 1% der weiblichen Studienberechtigten). Frauen bevorzugen dagegen die Lehramtsstudiengänge (10% zu 5% der männlichen Studienberechtigten) und Medizin (8% zu 3%).

BMBF

Anteil der Studierenden aus Arbeiterfamilien steigt

Der Anteil der Studienanfänger aus Arbeiterfamilien wächst. Das ist das Ergebnis einer neuen Studie der Hochschul-Informationssystem Gesellschaft (HIS), die am Mittwoch in Berlin vorgelegt wurde. Demnach stieg ihr Anteil unter den Studienanfängern im Wintersemester 2003/2004 deutlich auf 17 Prozent. Im Wintersemester 2000/2001 waren es noch 13 Prozent. Das BAföG ist in der jetzigen Form das entscheidende Instrument, um vielen jungen Menschen eine Akademikerausbildung zu ermöglichen.

Auch die Umstellung auf die Bachelor- und Masterstudiengänge an deutschen Hochschulen machte Fortschritte. Jüngste Zahlen belegen, dass sich im Wintersemester 2004/2005 16 Prozent aller Studienanfänger in Bachelorstudiengängen immatrikuliert hätten, 19 Prozent an Fachhochschulen und 14 Prozent an Universitäten. Am meisten Anklang findet der Bachelorabschluss in den Agrar-/Ernährungs-/Forstwissenschaften mit 24 Prozent, gefolgt von Sprach- und Kulturwissenschaften/Sport mit 20 Prozent und Mathematik/Naturwissenschaften mit 18 Prozent.

Als weiteren wesentlichen Trend stellten die Analysten der HIS eine stärkere Bedeutung der Hochschulen bei der Vergabe von zulassungsbeschränkten Studienplätzen fest. Studienplätze werden häufiger von den Hochschulen vor Ort vergeben, als über die zentrale Vergabestelle. 70 Prozent der Studienanfänger nahmen an einem zentralen oder örtlichen Vergabeverfahren für Studienplätze teil. Der Anteil der örtlich vergebenen Plätze legte im Wintersemester 2003/2004 auf 58 Prozent zu (im Wintersemester 2000/2001 waren es 48 Prozent). Dagegen sank der Anteil der im zentralen Vergabeverfahren zugeteilten Studienplätze auf 28 Prozent (zuvor waren es 32 Prozent). Von den befragten Studienanfängern gaben 15 Prozent an, dass sich ihr Studienbeginn wegen Zulassungsbeschränkungen verzögert habe.

Für die Studierenden waren Aufnahme- oder Eignungsprüfungen an den Hochschulen noch die Ausnahme. Nur sieben Prozent nahmen an einer Vorprüfung teil. Am häufigsten verbreitet waren Aufnahmetests in den Kunst und Kunstwissenschaften (48%), gefolgt von den Lehramtsstudiengängen (17%) und den Sprach-/Kulturwissenschaften/Sport (12%). Am seltensten waren sie in den Rechtswissenschaften (1%).

BMBF

Herausgeber: Hochschullehrerbund – Bundesvereinigung – e.V. (*h/b*)
Verlag: *h/b*, Postfach 2014 48, 53144 Bonn

Telefon 0228 352271, Fax 0228 354512
E-Mail: hlb@hlb.de
Internet: www.hlb.de

Chefredakteurin: Prof. Dr. Dorit Loos
Buchenländer Str. 60, 70569 Stuttgart,
Telefon 0711 682508
Fax 0711 6770596
E-Mail: d.loos@t-online.de

Redaktion: Dr. Hubert Mücke
Titelbildentwurf: Prof. Wolfgang Lüftner

Herstellung und Versand:
Wienands PrintMedien GmbH,
Linzer Straße 140, 53604 Bad Honnef

Erscheinung: zweimonatlich

Jahresabonnements für Nichtmitglieder
45,50 Euro (Inland), inkl. Versand
60,84 Euro (Ausland), zzgl. Versand
Probeabonnement auf Anfrage

Erfüllungs-, Zahlungsort und Gerichtsstand ist Bonn.

Anzeigenverwaltung:

Dr. Hubert Mücke
Telefon 0228 352271, Fax 0228 354512
E-Mail: hlb@hlb.de

Verbands offiziell ist die Rubrik „*h/b*-aktuell“. Alle mit Namen des Autors/der Autorin versehenen Beiträge entsprechen nicht unbedingt der Auffassung des *h/b* sowie der Mitgliedsverbände.



Hessen

Aufbau einer deutsch-chinesischen Sommeruniversität in Shanghai

Die Tongji-Universität in Shanghai und die Hessischen Hochschulen in Darmstadt, Frankfurt, Gießen, Kassel, Marburg, Offenbach und Wiesbaden wollen eine gemeinsame „International Summer University“ in Shanghai nach dem Vorbild der „Hessen International Summer Universities“ aufbauen. Das Gesamtkonzept für das für 2007 geplante Projekt werden die Beteiligten bis Juli 2006 vorlegen.

Das Projekt soll im Jubiläumsjahr der Tongji-Universität starten: Sie wurde 1907 in Shanghai als Deutsche Medizinschule für Chinesen von dem Arzt Dr. Erich Paulun gegründet. Bei der Erweiterung um technische Studiengänge bekam sie 1912 den Namen Tongji, was auf Deutsch soviel bedeutet wie „Wir sitzen alle in einem Boot“. In den zwanziger Jahren des vorigen Jahrhunderts wurde sie zur Universität. Heute gehört sie zu den Elite-Hochschulen der Volksrepublik China. Das Fächerangebot umfasst Natur-, Ingenieur- und Geisteswissenschaften ebenso wie Jura und Medizin. Die Tongji-Universität ist die größte Universität in Shanghai mit rund 44.000 Studierenden und 4200 wissenschaftlichen Mitarbeitern.

Bei einem Besuch der Tongji-Universität unterschrieb Wissenschaftsminister Corts eine Vereinbarung zwischen dieser Hochschule und der Offenbacher Hochschule für Gestaltung über ein Kolleg für Kunst und Kommunikation. Davor hatten bereits die Fachhochschule Frankfurt und die private Chinesisch-Deutsche Hochschule für Wirtschaft in Nanchang eine Absichtserklärung zur Zusammenarbeit unterzeichnet.

Dr. Ulrich Adolphs



NRW

Hochschulgespräche der NRW-Fachhochschulen

Um den Blick auf ihre Forschungstätigkeiten zu schärfen, haben sich die 16 Fachhochschulen in NRW in dem Projekt „Lebendige Forschung in NRW“ zusammengeschlossen und informieren gemeinsam regelmäßig über ihre aktuellen Forschungsprojekte. Ein Newsletter hält Leserinnen und Leser monatlich über Neuigkeiten, Termine und Veröffentlichungen aus den vielfältigen Forschungsbereichen der Hochschulen auf dem Laufenden. Themenspezifische Booklets ergänzen den regelmäßigen Nachrichtentransfer und stellen ausgewählte Forschungsprojekte vor. Eine zentrale Rolle spielen hierbei die Hochschulgespräche, in deren Rahmen Wirkungen und Möglichkeiten von Fachhochschulforschung mit Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus Wissenschaft und Politik ebenso diskutiert werden wie deren Zukunft und die Chancen. Hauptzielgruppe des neuen Informationsangebots sind vor allem Politiker und Politikerinnen sowie Personen aus dem Management von Unternehmen.

Das Projekt wird vom Ministerium für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie (MIWFT) des Landes NRW unterstützt. Koordiniert wird das Projekt durch das Zentrum für Forschungskommunikation (zefo), das an der Köln International School of Design der FH Köln angesiedelt ist.

Petra Schmidt-Bentum



Sachsen

Hochschulen sind keine Unternehmen – keine Studiengebühren in Sachsen!

Die Sächsische Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst, Barbara Ludwig erklärte heute (18.11.2005): „Unsere Hochschulen sind keine Unternehmen. Sie haben einen wichtigen staatlichen Bildungsauftrag und deshalb wird sich der Staat auch nicht aus seiner Gesamtverantwortung für Lehre und Forschung zurückziehen.“

Der Einführung von Studiengebühren erteilte die Ressortministerin erneut eine klare Absage: „Studiengebühren sind aus ökonomischen und sozialen Gründen falsch: Wir können uns – sowohl angesichts des weltweiten Wettbewerbs als auch angesichts des demographischen Wandels nicht leisten, dass junge Leute aus finanziellen Gründen auf ein Studium verzichten, denn wir brauchen künftig eher noch mehr Studentinnen und Studenten als heute. Darüber hinaus wären die Hochschulen in den neuen Ländern bei der Einführung von Studiengebühren massiv gegenüber denen in den alten Ländern benachteiligt. 40 Prozent der Studierenden erhalten hier BAföG, von ihnen werden unsere Hochschulen kaum Gebühren erwarten können.“

Angelika Maria Wahrheit

In memoriam

Professor Dr. Wolfhart Haacke

23.5.1919 – 12.10.2005

Die Neue Hochschule hat mit Wolfhart Haackes Tod ihren „Vater“ verloren. Diese Zeitschrift – das Organ des Hochschullehrerbundes – ging aus der Zeitschrift des Verbandes der Dozenten an Deutschen Ingenieurschulen (VDDI)¹⁾ hervor, die im Jahre 1959 erstmals erschienen ist. Seit Juni 1971 heißt sie auf seinen Vorschlag „Die Neue Hochschule“. Er betreute sie als Herausgeber bis Ende 1989 – das Heft 1/1990 war sein letztes. Vom Titelbild des Heftes 2/1990 grüßte er die Leser, in diesem Heft wurde seine Arbeit von dem Verleger Dr. Ingo Resch und dem Ehrenpräsidenten des Hochschullehrerbundes, Professor Horst G. Minning, gewürdigt.

Von Anfang an, also seit 1971, trug Die Neue Hochschule den Untertitel „Zeitschrift für anwendungsbezogene Studiengänge“. Haupt- und Untertitel waren Programm für die Ziele, die Wolfhart Haacke und seine Verbandskollegen seit Mitte der sechziger Jahre entwickelt haben. Es sollte eine wirklich neue Hochschule sein, keine Fortschreibung der Ingenieurschulen und der übrigen Höheren Fachschulen unter neuem Etikett. Ein umfassender Reformprozess wurde schon vor der förmlichen Gründung der Fachhochschulen eingeleitet. Diesen widerzuspiegeln – das war Wolfhart Haacke's Profession.

Die neue Hochschule hätte auch eine Gesamthochschule sein können. Wolfhart Haacke ist diesen Weg mitgegangen: Er war stellvertretender Vorsitzender der nordrhein-westfälischen Studienreformkommission und Mitglied des Sachverständigenbeirates zur Vorbereitung der Gesamthochschule Essen, war beauftragter Rektor der Fachhochschule in Paderborn mit den Abteilungen in Höxter, Meschede und Soest, die bereits nach einjähriger Existenz in der Gesamthochschule Paderborn aufging.

In dem integrierten Fachbereich Mathematik-Informatik erlebte, gestaltete und durchlitt er den damals zukunftsweisen Versuch einer Neubestimmung des deutschen Hochschulsystems. Diese Erfahrungen brachte er in die Arbeit des Hochschullehrerbundes ein – gemeinsam mit Professor Günther Ehmann, dem Gründungspräsidenten des Hochschullehrerbundes.

Aus dieser Erfahrung bejahte und unterstützte er wie auch Ehmann die eigenständige Entwicklung der Fachhochschulen, die inzwischen ein gutes Stück Weg zur tatsächlichen Gleichwertigkeit zurückgelegt haben.

Haacke war als Pressereferent in das (geschäftsführende) Präsidium des Hochschullehrerbundes eingebunden, als Herausgeber der Zeitschrift jedoch frei, ihren Kurs und Inhalt zu bestimmen. Der damalige Verleger der Zeitschrift, Dr. Ingo Resch, charakterisierte ihn so:

„Bei allem Engagement zeigt Haacke eine wohlthuende Distanz gegenüber Verlag und auch gegenüber seinem Verband. So wurde das Organ des HLB, Die Neue Hochschule, zu dem Forum für die neuen Hochschulen – journalistisch unabhängig, wenn nötig unbequem, lieber ärgerlich als erbaulich.“

In den wirklich entscheidenden hochschulpolitischen Fragen übte Haacke eine loyale und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den jeweiligen *hlb*-Präsidenten Ehmann, Minning, Groh und Gross. Wolfhart Haacke war Wissenschaftler mit Weitblick und weiten Interessen, dabei von großer Konzilianz und vornehmer Zurückhaltung, selbst in schwierigen innerverbandlichen Situationen. Haacke war von Geburt und Haltung ein echter Preusse.

Seine Leistungen für die neuen Hochschulen und den Verband, aber auch für sein kulturpolitisches und soziales Engagement wurden durch die Verleihung des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland am 24. Oktober 1985 öffentlich gewürdigt.

In den letzten fünfzehn Jahren seines Lebens hat sich Wolfhart Haacke auf seine Hobbies (insbesondere in einer philatelistischen Forschungsgemeinschaft) und letztlich auf seine Familie zurückgezogen. Seine Frau hatte es ihm ermöglicht, dem Gemeinwesen weit über seine Dienstpflichten hinaus zu dienen. Er konnte es ihr in seinen letzten Lebensjahren sie pflegend und fürsorglich betreuend vergelten. Wegen ihrer schweren Erkrankung zog das Ehepaar schließlich nach Krefeld, wo er in der Nähe einer der beiden Töchter und deren Familie Geborgenheit und tätige Liebe erfuhr. Mitte 2005 verstarb seine Frau – und er folgte ihr nur wenige Monate später nach.

Als Professor Dr. Wolfhart Haacke zu Grabe getragen wurde, habe ich den Hochschullehrerbund vertreten dürfen. Auch die Universität Paderborn, die Angehörigen der Mathematik in Paderborn und die Philatelistische Forschungsgemeinschaft ehrten den Verstorbenen auf sichtbare Weise.

Wolfhart Haacke hat wahrlich Verbands- und Hochschulgeschichte gestaltet, geschrieben und beschrieben. Der Hochschullehrerbund darf sich mit Stolz und großer Dankbarkeit seiner erinnern.

Günther Edler

1) Die Deutsche Ingenieurschule. Ihr erster Schriftleiter war Oberbaurat Fritz Dietzel. (Seine Tätigkeit würdigte Dr. Ingo Resch in DNH, Heft 6/1990, S. 26.) Haacke trat 1966 in die Schriftleitung ein. Ab Dezember 1968 übernahm er als Hauptschriftleiter die alleinige Verantwortung. Vgl. Wolfhart Haacke, Ein Blick zurück. 30 Jahre DDI und DNH, in DNH Heft 1/1990. Der volle Text ist abrufbar unter <http://193.175.197.65/hlb-nrw/Documents/Public/HaackeEinBlickZurueck.pdf>

Neues von Kollegen

Technik | Informatik | Naturwissenschaften

MATLAB 7 für Ingenieure

Grundlagen und Programmierbeispiele
4. Auflage

F. Grupp und F. Grupp
(FH Würzburg-Schweinfurt)
Oldenbourg-Verlag: 2005

Formvollendet

Eine Sammlung ästhetischer, mathematisch definierter Formen
M. Hess (FH Düsseldorf)
Verlag Niggli AG: Sulgen/Zürich 2005

Cisco Networking Academy Program

3. und 4. Semester
Autorisiertes Kursmaterial zur Bildungsinitiative Networking
3. Auflage
E. Schawohl (FH Düsseldorf)
Cisco Press: 2004

Elektrische Maschinen

Eine Einführung
2. Auflage
E. Spring (FH Gießen-Friedberg)
Verlag Springer: 2006

Betriebswirtschaft | Wirtschaft | Recht

Handwörterbuch des ökonomischen Systems der Bundesrepublik

V. Eichener (FH Düsseldorf)
Verlag für Sozialwissenschaften: 2005

Finanzierung im Mittelstand – Neue Herausforderungen und Chancen

Ratgeber für die Unternehmenspraxis
herausgegeben von F.-K. Feyerabend und M. Rumpf
(beide FH Gießen-Friedberg)
Verlag Ferber'sche Universitätsbuchhandlung: 2005

Wirtschaftsprivatrecht

Basiswissen des Bürgerlichen Rechts und des Handels- und Gesellschaftsrechts für Wirtschaftswissenschaftler und Unternehmenspraxis
7. neubearbeitete Auflage
E. Führich, (FH Kempten)
Verlag Franz Vahlen: 2004

Reiserecht

Handbuch des Reisevertrags-, Reiseversicherungs- und Individualreiserechts
5. neu bearbeitete Auflage
E. Führich, (FH Kempten)
Verlag C.F. Müller: 2005

Wirtschaftsprivatrecht I

Bürgerliches Recht – Handelsrecht
3. aktualisierte Auflage
H. Danne und T. Keil
(beide FH Gießen-Friedberg)
Cornelsen Verlag: 2005

Designmanagement

Die Kompetenzen der Kreativen
U. Kern (FH Trier) und P. Kern
OLMS-Verlag: 2005

Ökonomie der Information

F. Linde (FH Köln)
Reihe Göttinger Schriften zur Internetforschung, Band 1
Universitätsdrucke Göttingen: 2005

Gestufte Studiengänge und Hochschulreform

Ergebnisse einer Befragung wirtschaftswissenschaftlicher Fachbereiche
U. Mandler (FH Gießen-Friedberg)
Waxmann Verlag: 2005

Methoden der Marketing-Forschung

Grundlagen und Praxisbeispiele
G. Raab, A. Unger und F. Unger
(alle FH Ludwigshafen)
Gabler Verlag: 2004

Marktpsychologie

Grundlagen und Anwendung
2. Auflage
G. Raab und F. Unger
(beide FH Ludwigshafen)
Gabler Verlag: 2005

Vertriebsmanagement

C. Renker (Hochschule Zittau/Görlitz)
Neisse Verlag: 2005

Relationship Marketing im Firmenkundengeschäft

3. überarbeitete Auflage
C. Renker (Hochschule Zittau/Görlitz)
Gabler Verlag: 2005

Spieltheorie

Eine Einführung für Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler
C. Rieck (FH Frankfurt)
Christian Rieck Verlag: 2005

Sonstiges

Laufen und Joggen für die Psyche

U. Bartmann (FH Würzburg-Schweinfurt)
4. überarbeitete und erweiterte Auflage
dgv-Verlag: 2005

Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege

Eine Einführung in die Organisationsstrukturen und Handlungsfelder der deutschen Wohlfahrtsverbände
K.-H. Boßenecker (FH Düsseldorf)
Juventa Verlag: 2005

Sendungsbewußtsein

Walter Benjamin und sein Medium
R. Bohn (FH Düsseldorf)
Königshausen & Neumann: 2005

Selbstmanagementtherapie mit Kindern

M. Borg-Laufs (HS Niederrhein) und H. Hungerige
Verlag Pfeiffer bei Klett-Cotta: 2005

Verhaltensökonomie: Kreatur-Persönlichkeit-Gruppe

Wie natürliche Eigeninteressen die Kernaussrichtung des Humankapitals vorgeben
G. Bräutigam (FH Düsseldorf)
Shaker Verlag: 2005

Soziale Arbeit in Zwangskontexten

Wie unerwünschte Hilfe erfolgreich sein kann
H. Kähler (FH Düsseldorf)
Ernst Reinhardt Verlag: 2005

Neuberufene

Baden-Württemberg

Prof. Dr. Andreas Luckey,
Baurecht, FH Karlsruhe



Bayern

Prof. Dr. Bernd Braun,
Experimentelle Physik,
FH Nürnberg



Prof. Dr. Ronald Ebbert,
Biochemie, FH Nürnberg

Berlin

Prof. Julia **Rakob**,
Wirtschaftsrecht/Bank-
recht & KMR,
FHW Berlin

Bremen

Prof. Dr. Alexis **Papathanas**,
Touristik und
Seetouristik,
HS Bremerhaven

Hessen

Prof. Dr.-Ing. Uta **Bergstedt**,
Bioverfahrenstechnik, FH Frankfurt



Prof. Dr. Ulrich **Hoeppe**,
Physikalische Chemie, FH Giessen-
Friedberg (Friedberg)

Prof. Dr. Robert **Seuß**,
Geodatenfassung, Geoinformationssysteme,
FH Frankfurt

Prof. Dr. Eckard **Weymann**,
Theorie und Praxis der Musik-
therapie, FH Frankfurt

Niedersachsen

Prof. Dr. Matthias **Hendler**,
Bilanzielles Rechnungswesen und Betriebliche
Steuerlehre, FH Oldenburg/
Ostfriesland/Wilhelmshaven

Nordrhein-Westfalen

Prof. Dr.-Ing. Franz-Josef **Adams**,
Verfahren und Maschinen in der Ferti-
gungstechnik, HS Niederrhein



Prof. Dr.-Ing. Andrej **Albert**,
Massivbau, FH Bochum

Prof. Dr. Jochen **Balla**,
Angewandte Mathematik, Physik,
Grundlagen der Informatik,
FH Bochum

Prof. Dr. Roland **Böttcher**,
Allg. Betriebswirtschaftslehre,
insb. Unternehmensführung,
FH Bochum

Prof. Dr. Katrin **Brabender**,
Grundlagen der Informatik,
FH Bochum

Prof. Dr. Roustiam **Chakirov**,
Regelungstechnik, insb. in der
Fahrzeugtechnik, FH Bonn-
Rhein-Sieg

Prof. Dipl.-Ing. Ute **Detering**,
CAD, Bekleidungskonstruktion,
HS Niederrhein

Prof. Ulrich Dieter **Einbrodt**,
Kulturarbeit mit Schwerpunkt
Musik, HS Niederrhein

Prof. Michael **Els**, Vertragsrecht
in der Sozialen Arbeit,
HS Niederrhein

Prof. Dr.-Ing. Sabine **Flamme**,
Abfall- und Siedlungswirtschaft,
FH Münster

Prof. Dr. Detlev **Frick**,
Wirtschaftsinformatik, HS Nieder-
rhein

Prof. Dr. Claudia **Gdaniec**,
Multimedia und Documenta-
tion for Engineering and Busi-
ness, FH Südwestfalen

Prof. Wolfgang **Grundl**,
Sozialmedizin, insb. Sozialpsychiatrie,
HS Niederrhein

Prof. Dr. Stefan Michael **Grünvogel**,
Computeranimation und
Datenverarbeitung, FH Köln

Prof. Dr. Michaela **Hellerforth**,
Strategische und infrastrukturelle
Planung und Bewirtschaftung
von Liegenschaften, FH Gelsen-
kirchen

Prof. Dipl.-Ing. Annette **Hillebrandt**,
Baukonstruktion,
FH Münster

Prof. Dr. Gerri, **Höfker**,
Bauphysik, FH Bochum

Prof. Dipl.-Ing. Franz-Josef
Höing, Städtebau, FH Münster

Prof. Dr. -Ing. Jürgen **Jasperneite**,
Netzwerktechnik,
FH Lippe und Höxter

Prof. Dr. Olaf **Just**, Grundlagen
der Informatik, Mikroinforma-
tik, FH Gelsenkirchen

Prof. Dr.-Ing. Markus **Kattenbusch**,
Bauwirtschaft,
FH Bochum

Prof. Dr. Friedrich **Kerka**,
BWL, Facility Management,
FH Gelsenkirchen

Prof. Dr. Volker **Klingspor**,
Wirtschaftsinformatik,
FH Bochum

Prof. Dr.-Ing. Christine
Kohring, Datenverarbeitung,
technische Informatik,
FH Südwestfalen

Prof. Dr.-Ing. Karin **Lehmann**,
Architekturtheorie, Gestaltungs-
lehre, FH Bochum

Prof. Martin **Liebing**,
Journalismus und Mediengestaltung,
FH Gelsenkirchen

Prof. Dr. Dipl.-Ing. Wolf **Lorleberg**,
Agrarökonomie, FH Süd-
westfalen

Prof. Dr. Norbert **Ludwig**,
Physiologie des Stoffwechsels
und Ernährungsmedizin,
HS Niederrhein

Prof. Dr.-Ing. Jürgen **Maas**,
Elektrotechnik, FH Lippe und
Höxter

Prof. Dr. Ludger **Oppenhoff**,
Internationales Management,
FH Gelsenkirchen

Prof. Dr.-Ing. Michael **Petersen**,
Umweltinformatik, FH Lippe
und Höxter

Prof. Dr. Andreas **Reichert**,
Journalismus und Medien,
FH Gelsenkirchen

Prof. Dr. Jochen **Rethmann**,
Grundlagen der Informatik,
HS Niederrhein

Prof. Gerda **Schlembach**,
Gestaltungslehre, FH Münster

Prof. Dr. Klaus **Schlitter**,
Instrumentelle Analytik, FH Münster

Prof. Dr.-Ing. Friedhelm **Schlößer**,
Einkauf und Logistik,
HS Niederrhein

Prof. Dr. Notker **Schneider**,
Philosophische Anthropologie,
FH Köln

Prof. Dr. Bernd **Schnur**, DV:
Methoden und Werkzeuge,
FH Köln

Prof. Dr.-Ing. Michael **Schugt**,
Automobilelektronik, Informa-
tik, FH Bochum

Prof. Dipl.-Ing. Gernot **Schulz**,
Entwerfen und Baukonstruk-
tion, FH Bochum

Prof. Dipl.-Ing. Volker **Staab**,
Entwerfen, FH Münster

Prof. Dr. Kurt **Steuer**, Medizin,
FH Bonn-Rhein-Sieg

Prof. Dr. Dirk **Thoms-Meyer**,
BWL, insb. Steuerlehre und
Prüfungswesen, FH Münster

Prof. Dr. Markus **Thomzik**,
BWL, Facility Management,
FH Gelsenkirchen

Prof. Dr. Edwin **Toepler**,
Case Management,
FH Bonn-Rhein-Sieg

Prof. Dr. Thomas **Tröster**,
Physik, FH Köln

Prof. Dr. Michael **Urselmann**,
Sozialmanagement, FH Köln

Prof. Dr. Franz **Vallée**, Organi-
sation und Logistik, FH Mün-
ster

Prof. Dr. Eva **Waller**, Wirt-
schaftsrecht, insb. Wirtschafts-
verwaltungsrecht, FH Bochum

Prof. Dipl.-Des. Jutta **Wiede-
mann**, Gestaltungslehre,
Bekleidungsgestaltung, Kolle-
ktionsentwicklung, HS Nieder-
rhein

Prof. Torsten **Wittenberg**,
Produktdesign, FH Münster

Prof. Kristian **Wolf**, Medien-
design, FH Münster

Prof. Dr. Burkhard **Wrenger**,
Informatik, Datenverarbei-
tungssysteme, FH Lippe und
Höxter

Rheinland-Pfalz

Prof. Dr. Nicole **Conrad**,
Wirtschaftsprivatrecht,
FH Mainz

Prof. Stefan **Enders**, Fotografie,
FH Mainz

Prof. Dr.-Ing. Matthias **Flach**,
Mechatronik, Technische
Mechanik, Betriebsfestigkeit,
FH Koblenz

Prof. Dr. Ralf **Haderlein**, Perso-
nalmanagement, Organisations-
entwicklung, FH Koblenz

Prof. Dr. Werner **Halver**, Volks-
wirtschaftslehre, Wirtschafts-
politik, FH Koblenz

Prof. Dr. Werner **Hillebrand**,
Steuerprüfungswesen, FH Mainz

Prof. Oliver **Kaul**, Internatio-
nales Business Management,
FH Mainz

Prof. Dr. Fredi **Kern**, Raumbezo-
gene Informations- und Mess-
technik, FH Mainz

Prof. Dipl.-Ing. Norbert **Krude-
wig**, Baubetrieb, Vertragswesen,
Baumanagement, FH Koblenz

Prof. Hartmut **Land**, Festigkeits-
lehre, Stahlbetonbau,
FH Koblenz

Prof. Dr. Gunter **Lauven**, Inte-
grierte Versorgung, Organische
Entwicklung, FH Koblenz

Prof. Dr. Andreas **Mengen**,
Betriebswirtschaftslehre,
FH Koblenz

Prof. Dr.-Ing. Karl-Josef **Mürtz**,
Hochspannungstechnik,
Theoretische Elektrotechnik,
FH Koblenz

Prof. Dr. Daniel **Porath**, Allge-
meine Betriebswirtschaftslehre
mit Schwerpunkt Quantitative
Methoden, FH Mainz

Prof. Dr. Britta **Rathje**, Rech-
nungswesen und Controlling,
FH Mainz



Prof. Dr. Stefan **Schick**,
Management in sozialen Ein-
richtungen, FH Mainz

Prof. Dr. Hubert **Schmidt**,
Bürgerliches Recht und Europä-
isches Wirtschaftsrecht, FH Trier

Prof. Dr. Werner **Schmorleiz**,
Rechnungswesen und Control-
ling, FH Mainz

Prof. Anna-Lisa **Schönecker**,
Informationsdesign, FH Mainz

Prof. Dr.-Ing. Jürgen **Tenhum-
berg**, Feuerungs- und Heiztech-
nik, FH Trier

Prof. Dr. Birgit **Thoma**, Recht in
der Sozialen Arbeit, FH Koblenz

Prof. Dr. Susanne **Viernickel**,
Bildungsmanagement, Frühe
Kindheit, FH Koblenz

Sachsen-Anhalt

Prof. Dr. Peter **Blattner**,
BWL, insbesondere Finan-
zierung und Finanzdienst-
leistungen,
FH Anhalt

Prof. Dr. Heinrich **Vogel**,
System der Rehabilitation,
HS Magdeburg-Stendal



Schleswig-Holstein

Prof. Dr. Hauke **Mommsen**,
Physiotherapie, FH Kiel

Prof. Dr. Günther **Strunk**, Allge-
meine Betriebswirtschaftslehre,
FH Lübeck

Prof. Dr. Jürgen **Tchorz**,
Hörakustik, FH Lübeck



Thüringen

Prof. Heribert L. **Jünemann**,
Baukonstruktion, FH Erfurt

Prof. Dr.-Ing. Holger **Paletta**,
Verkehrssystemgestaltung,
FH Erfurt

